

DFG-Projekt 'Zivilmächte'

Fallstudie



Zivilmacht und Rollentheorie
Autoren: Knut Kirste und Hanns W. Maull

Geschäftszeichen: MA 687/4-1 und 2
Laufzeit: April 1994 - Oktober 1997

Projektleiter: Prof. Dr. Hanns W. Maull
Lehrstuhl für Außenpolitik und Internationale Beziehungen
Universität Trier, FB III Politikwissenschaft
54286 Trier

Zivilmacht und Rollentheorie¹

- 1. Die Rollentheorie als akteursbezogene Theorie**
 - 1.1. Grundlagen, Herkunft und Anwendbarkeit der Rollentheorie
 - 1.2. Definitionen
 - 1.3. Rollentheoretische Ansätze in den IB
 - 1.4. Vorzüge des rollentheoretischen Ansatzes
 - 1.5. Defizite der Rollentheorie

- 2. Zivilmacht als Rollenkonzept**
 - 2.1. Herkunft und Grundlagen des Zivilmacht-Ansatzes
 - 2.2. Begriffsklärung und Abgrenzung

- 3. Erklärungspotential des rollentheoretischen Zivilmacht-Ansatzes:**
 - 3.1. Beispiele und Erklärungspotential rollentheoretischer Ansätze
 - 3.2. Zusammenfassung und Fazit

¹ Dieser Beitrag entstand im Rahmen des DFG-finanzierten Forschungsprojekts „Zivilmächte“, Förderungsnummer Ma 687/4-1. Unser Dank gilt der redaktionellen Arbeit von Christoph Weller, den Herausgebern und den anonymen Gutachern der ZIB sowie allen MitarbeiterInnen am Lehrstuhl für Internationale Politik der Universität Trier, insbesondere Sebastian Harnisch, für ihre kritischen und hilfreichen Anmerkungen zu diesem Manuskript.

Warum unterscheiden sich die außen- und sicherheitspolitischen Orientierungen von Staaten oft grundlegend selbst dann, wenn vergleichbare Gegebenheiten vorliegen? Warum bevorzugen manche Staaten Kooperation, andere dagegen Gewaltandrohung zur Durchsetzung ihrer Ziele? Wie erklärt sich das Engagement für oder gegen bestimmte Formen der Kooperation, wie überhaupt die Festlegung von spezifischen Zielsetzungen, Strategien, Taktiken und Instrumenten jeweils aus einer Fülle möglicher und plausibler Optionen? Warum setzen sich manche Staaten mehr als andere für die Entstehung und Fortentwicklung institutionalisierter Formen der Kooperation ein als andere? Wie erklären sich spezifische Interessenspräferenzen im Kontext strategischen Handels von Staaten, wie die Aufnahme kommunikativen Verhaltens? Um diese und ähnliche Fragen geht es uns im folgenden. Die Bedeutung der Antworten auf diese Fragen für Theorie wie Praxis der internationalen Beziehungen ist offensichtlich. Die Gegebenheiten der internationalen Politik als System mögen zwar Spektren möglicher außenpolitischer Verhaltensmuster festlegen, aber sie erklären noch nicht sehr unterschiedliche außenpolitische Orientierungen vergleichbarer Staaten, geschweige denn spezifische Entscheidungen. Ganz offenbar liegen die Erklärungen hierfür in den betreffenden Staaten. Wir gehen dabei davon aus, daß - analog zur Innenpolitik - auch die Außenpolitik eines Staates dauerhafte Einstellungen und Verhaltensmuster aufweist, die die Summe der geographischen, historischen und situativen Einflüsse und Erfahrungen einer Gesellschaft gewissermaßen in geronnener und verfestigter Form widerspiegeln. Diese Muster lassen sich als "außenpolitische Kultur" bezeichnen.²

Um diesem Phänomen unterschiedlicher außenpolitischer Kulturen systematisch nachzugehen, bedienen wir uns der vergleichenden Außenpolitikforschung - ein bislang leider eher vernachlässigter Ansatz in der Theoriediskussion der Internationalen Beziehungen.³ Stärker als durch eine phänomenologisch orientierte Analyse der Außenpolitik einzelner Staaten wird durch den systematischen Vergleich mehrerer staatlicher Akteure miteinander das je Spezifische erkennbar und so das Verständnis für die Außenpolitik des einzelnen Staates erhöht. Die Systematik des Vergleichs und damit auch die Chance, zu generalisierenden

² Als Beispiel für eine in diesem Zusammenhang sinnvolle Definition politischer Kultur als „set of attitudes, beliefs, and sentiments which give order and meaning to a political process and which provide the underlying assumptions and rules that govern behavior in the political system“ vgl. Pye (1968: 218). Ersetzt man „political process“ durch „foreign policy process“ und „political sytem“ durch „international system“, so kann dieser Begriff der politischen Kultur unserer Auffassung nach auch für die Außenpolitik angewendet werden.

³ Vgl. dazu East/Salmore/Hermann (1978). Für den neueren Stand der theoretischen und methodischen Diskussion vgl. Keman (1993).

Aussagen zu gelangen - bislang ein großes Problem der vergleichenden Außenpolitikforschung - lässt sich nach unserer Auffassung dadurch erreichen, dass dem Vergleich abstrakte, idealtypische Modelle außenpolitischen Verhaltens zugrunde gelegt werden. Empirisch beobachtetes Verhalten lässt sich an derartigen Idealtypen messen und mit ihrer Hilfe auch vergleichen und bewerten.

1. Die Rollentheorie als akteursbezogene Theorie

Eine Theorie, die ursprünglich zur Erklärung individuellen Verhaltens konzipiert wurde, soll im folgenden vorgestellt und entfaltet werden, um unterschiedliche außenpolitische Verhaltensmuster zu erklären. Es ist dies die Rollentheorie, die hier auf außenpolitische Verhaltensmuster von Staaten in einer spezifischen, idealtypischen Ausformung angewendet wird. Mit anderen Vertretern der "Dritten Theoriedebatte" geht es uns dabei nicht so sehr um das "ob" internationaler Kooperation, sondern darum, "...welche Grundannahmen über Akteure, ihre Präferenzen und ihre Interaktionen plausibel sind, um diese Kooperation und ihre Institutionalisierung zu erklären" (Risse-Kappen 1995: 172f). Akteure unterscheiden sich dabei u.E. im Hinblick auf kognitive Variablen (z.B. Weltbilder, Zielsetzungen außenpolitischen Handelns, Selbst- und Fremdperzeption) qualitativ und grundsätzlich. Aus diesen Unterschieden ergeben sich auch Rückwirkungen auf die internationalen Beziehungen insgesamt.

1.1. Grundlagen, Herkunft und Anwendbarkeit der Rollentheorie

Grundlagen und Ausgangsprämissen rollentheoretischer Ansätze

Im Rahmen der gegenwärtigen Theoriedebatte in den Internationalen Beziehungen lässt sich die Rollentheorie im Rahmen der konstruktivistischen, reflexiv-interpretativen Ansätzen einordnen (Schaber/Ulbert 1994: 144f). Konstruktivistische Ansätze gehen von einem sozialen, regelgeleiteten *Akteur* aus, der, eingebunden in ein Netz von Normen und Werten, seine Interessen situativ und endogen definiert. Auf der *System*-Ebene unterstellen reflexive Ansätze Handlungsbeschränkungen durch selbstaufgelegte Normen und Regeln sowie Erwartungs- und Verhaltensstabilisierung durch Institutionen. Konstruktivisten grenzen sich damit von positivistisch-rationalistischen Ansätzen wie beispielsweise dem Neo-Realismus oder dem

neoliberalen Institutionalismus ab⁴, die von einem rational handelnden, nutzenmaximierenden Akteur in einem anarchischen Selbsthilfesystem ausgehen, dessen Interessen mehr oder minder stark exogen, also systemisch vorgegeben sind und der eine starre Präferenzordnung besitzt. Hier müssen Staaten „strategisch“ handeln, um das eigene Überleben und Sicherheit zu gewährleisten. Im Gegensatz zu realistischen Ansätzen, die von einer streng festgelegten Rangfolge von Interessen und Präferenzen ausgehen (physisches Überleben, relative Gewinne) werden Interessen in reflexiven Ansätzen situativ definiert und sind grundsätzlich wandelbar. Unterschiedliche Präferenzordnungen können durch kommunikatives Handeln zum Ausgleich gebracht werden. Einem Wandel in der Präferenzordnung kann dann durch einen Wandel in Rollenkonzept (längerfristig) und situativ wechselnden Rollen (kurzfristig) entsprochen werden.

Rationalistisch-positivistische Ansätze wie der Neo-Realismus, aber auch der liberale Institutionalismus untersuchen Akteursverhalten aus einer systemischen, also einer Außenperspektive. Die Rollentheorie als kognitiver Ansatz, der sich mit Kommunikations-, Perzeptions- und Lernprozessen beschäftigt, betrachtet dagegen Akteursverhalten vornehmlich aus einer Innenperspektive.

Thomas Risse-Kappen hat zurecht darauf hingewiesen, daß sowohl „rationale“ als auch „reflexive“ Ansätze natürlich von einem Akteursbegriff ausgehen, der sowohl Rationalität als auch Reflexionsfähigkeit beinhaltet. Mit anderen Worten, ein stärker kognitiv geleiteter Akteur handelt sicher nicht a priori irrational, und ein rationaler Akteur besitzt natürlich auch Reflexionsfähigkeit. Die Feststellung, daß „im post-positivistischen Lager...Platz sowohl für den homo oeconomicus als auch den homo sociologicus und den homo psychologicus“ (Risse-Kappen 1995: 174) sein kann, erscheint nur plausibel. Von ethischen und normativen Erwägungen geleitete Staaten streben natürlich auch danach, ihre Interessen zu verwirklichen. Sie handeln im Weberschen Sinne „wertrational“, d.h. nationale Interessen formieren sich nicht primär in Folge systemischer Zwänge, sondern eher im Rahmen einer akteurspezifischen Werteordnung, die es zu verwirklichen gilt. Zudem erfordert ja auch rationales Handeln eine spezifische, kognitive Basis der Entscheidungsträger, die erlernt werden muß. Unterschiedliche Formen historischen Lernens beispielsweise, führt dann zu der Annahme, daß auch die Einstellung gegenüber Rationalität zwischen verschiedenen Nationen unterschiedlich sein

⁴ Vgl. zur Unterscheidung zwischen rationalistischen und reflexiven Theorieansätzen den Literaturbericht von Schaber/Ulbert (1994: 141-144).

kann.⁵ Außenpolitisches Handeln als Ergebnis spezifischer Wertpräferenzen läßt sich vor allen Dingen plausibel für die OECD-Welt annehmen, in der Anarchie über voranschreitende Institutionalisierung und gemeinsame Werteordnungen ersetzt wird durch Vergemeinschaftung⁶. Akteurspräferenzen innerhalb hocharbeitsteiliger internationaler Gesellschaften werden politikfeldabhängig in der Regel eine Mischung aus absoluten, relativen und gemeinsamen Gewinnen beinhalten. Die Rollentheorie eignet sich unserer Auffassung nach insbesondere, um solch komplexe Akteurspräferenzen zu identifizieren und ihre außenpolitische Umsetzung systematisch miteinander zu vergleichen.

Zur Herkunft der Rollentheorie

In Soziologie und Sozialpsychologie hat sich die Rollentheorie seit langem zur Erklärung menschlichen Verhaltens im Rahmen sozialer Beziehungen etablieren können. Der Rollenbegriff umfaßt hier "ein Bündel normativer Verhaltenserwartungen, die von einer oder mehreren Bezugsgruppen an Inhaber sozialer Positionen herangetragen werden" (Peuckert 1992: 252). Vereinfacht meint Rolle also "das Verhalten, das vom Inhaber einer bestimmten gesellschaftlichen Stellung, z.B. einem Vater, Lehrer oder Vorgesetzten, im Umgang mit anderen allgemein erwartet wird" (Gaupp 1983: 21). Mit der Betonung von 'Verhaltenserwartungen' wird hier deutlich der "*alter-part*" einer sozialen Rolle betont.

Kognitive Ansätze wurden auch in anderem Zusammenhang der Internationalen Beziehungen, vor allem zur Feindbildanalyse, eingesetzt⁷. Einige Autoren haben die Rollentheorie zur Erklärung eines spezifischen außenpolitischen Akteursverhaltens herangezogen und betonen dabei ebenfalls den Einfluß der Fremdzuschreibung auf das Rollenverhalten. So spricht Christer Jönsson in seiner Studie über die Supermacht-Rolle davon, daß sich die USA und die Sowjetunion nur als Supermächte verstanden und sich auch dementsprechend verhalten konnten, weil alle anderen Staaten sie als solche anerkannt und ihnen diese Rolle auch zugewiesen haben (Jönsson 1984: 15)⁸.

Andere Autoren haben dagegen in stärkerem Maße auf den "*ego-part*", also die Eigendefinition des Rolleninhabers, abgehoben (Holsti 1970) und betont, daß außenpolitische Orientierungen und, darauf aufbauend, staatliches Handeln nicht allein dem Einfluß der Erwartungen

⁵ Vgl. für diesen Zusammenhang zwischen Akteurspräferenzen und politischer Rationalität Czada (1993: 114).

⁶ Vgl. zu Vergemeinschaftung und Vergesellschaftung Weber (1947: 136).

⁷ Für Nachweise vgl. Wish (1980: 532).

⁸ Ähnlich argumentiert Bull (1987: 45) für Großmächte im allgemeinen.

unterliegen, die von außen, also von der systemischen Ebene, an den Akteur herangetragen werden. Vor allem Faktoren der Akteursebene selbst wie Wertesystem, Weltbild und eigene Rollenvorstellungen bestimmen letztlich, welche „Rolle“ ein Staat für sich selbst im Rahmen der internationalen Beziehungen wählt, und wie er sich gegenüber anderen Akteuren verhält. Diese Betrachtung erlaubt eine Rückbesinnung auf den Akteur und erscheint gegenwärtig angesichts evidenter Erklärungsdefizite systemischer Variablen besonders vielversprechend.

Übertragbarkeit der Rollentheorie auf kollektive Akteure

Aber läßt sich das ursprünglich individualbezogene, psychologische und soziologische Konzept der Rolle ohne weiteres auf Staaten übertragen? Wesentliche Unterschiede bestehen zwischen interpersonalen, also gesellschaftlichen Rollen und internationalen, also staatlichen Rollen in den internationalen Beziehungen. So sind Qualität und Anzahl der von Individuen bzw. staatlichen Kollektiven eingenommen Rollen sehr verschieden. Auch in der Dauerhaftigkeit von Rollenkonzepten, dem Verpflichtungs- und Bindungsgrad gegenüber dem eigenen Rollenkonzept, d.h. dem Grad der Verinnerlichung, bestehen deutliche Unterschiede zwischen Individuen und Kollektiven. Schließlich herrscht in einfachen sozialen Beziehungen direkte und effektive Sanktionierbarkeit, nicht so im internationalen Staatensystem.⁹ Natürlich werden Rollen letztlich von Individuen ausgeführt. Das Rollenkonzept läßt sich jedoch insofern auf soziale Kollektive und Großgruppen, mithin auch auf staatlich verfaßte Gesellschaften anwenden, als kollektive ebenso wie individuelle Identitäten und die Beziehungen einer Gruppe zu anderen Gruppen wesentlich über gemeinsame bzw. weitgehend geteilte Rollenkonzepte entstehen. Der Zusammenhalt einer Gruppe und ihre Gestaltungsfähigkeit gegenüber anderen Gruppen wird dabei nicht zuletzt auch dadurch bestimmt, in welchem Maße Rollenkonzepte tatsächlich gemeinsam verinnerlicht werden. Dies gilt auch für Staaten: Wirksame Außenpolitik setzt in diesem Sinne die Existenz weitgehend kongruenter, durch breite Zustimmung legitimierte Rollenkonzepte der außenpolitischen Eliten und der politisch relevanten Bevölkerungsschichten voraus. Diese gemeinsamen Rollenkonzepte entstehen aus Prozessen der Sozialisierung und werden über diese weitergegeben. Wir gehen davon aus, daß staatliche Rollenkonzepte nachhaltig auf das Rollenverhalten der zentralen Entscheidungsträger einwirken¹⁰, individuelles Verhalten staatlicher Repräsentanten also eine Ableitung des

⁹ Vgl. zu den Unterschieden interpersonaler und internationaler Rollen Gaupp (1983: 158-161).

¹⁰ Hier besteht natürlich eine Wechselwirkung: Das Verhalten der Entscheidungsträger beeinflußt auch das außenpolitische Rollenkonzept einer Nation.

außenpolitischen Rollenkonzepts einer Nation darstellt. Außenpolitische Gestaltungsfähigkeit setzt dabei neben der Verfügbarkeit von Machtressourcen und in ihrem Zusammenhang auch ein hohes Maß an Kongruenz der außenpolitischen Rollenkonzepte in den Eliten voraus. Umgekehrt können ausgeprägte Unterschiede in den außenpolitischen Rollenkonzepten innerhalb der außenpolitischen Eliten eines Staates wie sie derzeit etwa zwischen der Exekutive und der Mehrheit des Kongresses in den USA bestehen die außenpolitische Gestaltungsfähigkeit selbst großer Mächte beeinträchtigen.

Es scheint uns daher für die folgenden Darlegungen durchaus zulässig, "den Staat" in einer Verkürzung auf das Kollektiv relevanter außenpolitischer Entscheidungsträger, also der Regierung, als Träger außenpolitischer Rollenkonzepte aufzufassen. Staaten sind nach wie vor die bedeutsamsten Zusammenballungen sozialer Macht (Mauß 1995b: 302). Dies bedeutet keineswegs, daß wir für die Komplexität außenpolitischer Entscheidungsprozesse und die Bedeutung nichtstaatlicher Akteure blind wären. Das vorrangige Ziel unserer rollentheoretischen Überlegungen besteht aber nicht darin, eine differenzierte Rollentypologie der jeweiligen Situationsrollen eines Staates zu erarbeiten¹¹ oder die einzelnen Rollen und den Einfluß unterschiedlicher subnationaler Akteure nachzuzeichnen. Vielmehr sehen wir - ähnlich wie dies von Holsti vorgeschlagen wurde¹² - eine fruchtbare Anwendung der Rollentheorie darin, nach längerfristigen, dauerhaften Mustern der außenpolitischen Grundeinstellung von Staaten - wie sie sich im offiziellen Regierungshandeln manifestiert - zu suchen und diese miteinander zu vergleichen. Qualitativ unterschiedliches Akteursverhalten in vergleichbaren oder identischen Situationen soll mit unterschiedlichen Rollenkonzepten der Akteure erklärt werden.

Zur Reichweite rollentheoretischer Ansätze

Grundsätzlich wäre davon auszugehen, daß alle Staaten mehr oder minder stark ausgeprägte außenpolitische Rollenkonzepte besitzen und, einen ausreichenden Bindegrad von Rollenkonzept und Rollenverhalten vorausgesetzt, ihr Verhalten so verstanden und erklärt werden kann. Die Untersuchung zwischenstaatlichen Handelns in der internationalen Politik

¹¹ Zahlreiche rollentheoretische Ansätze identifizieren Situationsrollen für ihre Akteure oder leiten idealtypische Rollen aus beobachtbarem Verhalten ab. So sprechen Cox und Jacobson beispielsweise von den vier grundlegenden Rollen, die Staaten in konkreten Entscheidungssituationen ausführen können (initiator, vetoer, controller, broker) (Cox/Jacobson 1974: 12).

¹² Vgl. Holsti (1970: 307). Holsti hat mit Hilfe einer Inhaltsanalyse außenpolitischer Rhetorik zahlreicher Staaten 17 nationale Rollenkonzepte klassifiziert, die eher die generelle außenpolitische Orientierung und Grundeinstellung der Staaten in ihren Außenbeziehungen repräsentieren (Holsti 1970: 260-271).

mit Hilfe des spezifischen Rollenkonzepts der Zivilmacht erscheint allerdings nicht sinnvoll für alle Staaten.¹³ Zunächst setzt ausgeprägtes Rollenverhalten eine ausreichend arbeitsteilige internationale Gesellschaft voraus, die durch ein hohes Maß sozialer und zwischenstaatlicher Interaktion gekennzeichnet ist. Zumindest im OECD Rahmen weist das internationale System in der Tat die dazu notwendigen Züge einer „international society“¹⁴ auf. Die Einheiten dieser internationalen Gesellschaft bilden formal die Staaten (Singer/Hudson 1987: 202), die zwar ihrerseits wieder auf Individuen (Entscheidungsträgern) und sozialen Gruppen aufbauen, in der Weltgesellschaft aber eine ähnliche Funktion und ähnliche Rollen ausüben, wie dies Individuen in einer Gesellschaft tun. Rollentheoretische Ansätze wie das der hier vorgestellten Zivilmacht eignen sich besonders - und vielleicht ausschließlich - zur Analyse der Rollenbeziehungen zwischen demokratisch verfaßten Staaten. Außerdem erscheint das Konzept besonders sinnvoll für zahlreiche kleinere Industriestaaten, deren außenpolitisches Verhalten von der IB Disziplin bislang eher vernachlässigt worden ist.

Ursprünge der Rollentheorie in der Außenpolitikforschung

Theoriegeschichtliche Ursprünge findet die Idee eines spezifischen, individuellen außenpolitischen Rollenkonzepts in den Überlegungen zur Staatsräson. Staatsräson wird verstanden als "Maxime staatlichen Handelns [...] Sie sagt dem Staatsmanne, was er tun muß". Die Staatsräson gibt "die Wege und Ziele" staatlichen Handelns vor. Sie besteht darin, "sich selbst und seine Umwelt zu erkennen und aus dieser Erkenntnis die Maximen des Handelns zu schöpfen" (Meinecke 1963: 1). Trotz eines reflexiven Akteursbegriffs wird Meineckes Ansatz vor allem von den realistischen Annahmen eines anarchischen Staatensystems und seinen Zwängen geprägt (Meinecke 1963: 16-18). Werner Link hat die grundlegenden Ausführungen Friedrich Meineckes zur Idee der Staatsräson angewandt. Auch seine Überlegungen basieren auf der theoretischen Perspektive des strukturellen Realismus (Link 1987: 401, 410).

Die Lehre von der außenpolitischen Staatsräson entspricht insofern teilweise den Merkmalen eines außenpolitischen Rollenkonzepts, als beide Ansätze den außenpolitischen Entscheidungsträgern als Grundorientierung und Richtschnur ihrer internationalen Beziehungen dienen und Ziele und Mittel der Außenpolitik vorgeben. Beide Ansätze beinhalten Elemente von Konti-

¹³ Zu den Voraussetzungen, unter denen Rollenansätze ertragreich angewendet werden können vgl. Holsti (1967: 186) und Gaupp (1983: 165).

¹⁴ Vgl. dazu ausführlich Luard (1992) und Bull/Watson (1989).

nuität und Wandel¹⁵. Beide können erklären, warum sich Staaten in einer spezifischen Art und Weise und nicht anders verhalten. Dennoch ist die Rollentheorie der Lehre von der Staatsräson als Analyseperspektive überlegen. Sie nimmt die Idee von der Staatsräson auf, entwickelt diesen eher hermeneutischen Ansatz aber analytisch weiter. Im Gegensatz zur Staatsräson schließt die Rollentheorie in ihre Betrachtung sowohl Umwelteinflüsse als auch die endogenen Rollenpräferenzen der Akteure mit ein. Ferner sehen rollentheoretische Ansätze Umwelteinflüsse als rahmensetzende aber keinesfalls als Akteursverhalten determinierende Variablen. Dieser Rahmen kann von verschiedenen Akteuren aufgrund unterschiedlicher Rollenkonzepte individuell ausgefüllt werden.

Ein ontologischer Fortschritt der hier vertretenen Rollentheorie besteht gerade in ihrer explizit normativen Orientierung im Gegensatz zu der Annahme positivistisch-utilitaristisch handelnder Akteure. Weiterhin liefert die Rollentheorie ein reichhaltigeres und differenzierteres Analyseinstrumentarium zur Erklärung außenpolitischer Grundorientierungen und manifesten Verhaltens, das über die eher deskriptiven Züge der Lehre von der Staatsräson hinausreicht. Auch zur Erschließung qualitativ unterschiedlicher außenpolitischer Grundorientierungen im direkten Vergleich mehrerer Akteure ist die Rollentheorie besser gerüstet. Schließlich ermöglicht das der Sozialpsychologie entlehene Instrumentarium der Rollentheorie Aussagen über Wandel und dessen Ursachen innerhalb von Akteursbeziehungen (z.B. Rollenerwartung, Rollendruck, Rollenwandel, Rollenkonflikt, Rollenemanzipation, Rollendistanzierung).

1.2. Definitionen

Versteht man außenpolitisches Handeln der Staaten als Ergebnis von Einflüssen sowohl der systemischen als auch der Akteursebene, dann muß eine brauchbare Definition des außenpolitischen *Rollenbegriffs* als Analyseinstrument sowohl Umwelteinflüsse (*alter-part*) als auch individuelle Elemente der Akteursebene (*ego-part*) mit einbeziehen. Als Arbeitsgrundlage erachten wir daher die Gaupp'sche Rollendefinition als sinnvoll:

"Internationale Rollen sind geplante - d.h. kollektiv normierte und individuell konzipierte - und von Repräsentanten realisierte Einstellungs- und Verhaltensmuster von Staaten [...] in internationalen Systemen" (Gaupp 1983: 109).

¹⁵ Vgl. zum Aspekt des Wandels in der Lehre von der Staatsräson Meinecke (1963: 1, 19f). Für Wandel in Rollenkonzepten vgl. Holsti (1970: 272).

Eine *kollektive Normierung* erfahren Rollenkonzepte dabei extern und intern: Der *alter-part*, also die Erwartungen anderer Akteure der Systemebene bzw. die systemischen Rahmenbedingungen bestimmen die Vorstellungen eines Staates darüber, wie er sich nach außen hin verhalten sollte. Ebenso handlungsbestimmend wirkt der *ego-part*, das kollektive Selbstverständnis, also gemeinsame Werte und Normen, die von nationalen Entscheidungsträgern geteilt werden und durch Sozialisation und historische Lernprozesse entstanden sind.

Normiert sind Rollenkonzepte also durch die Fülle der Erwartungen, Werte und Ideale, denen sich der Rolleninhaber selbst verpflichtet fühlt und die von der Außenwelt an den Rolleninhaber herangetragen werden. Stabile Rollenerwartungen der Außenwelt können auch zum Teil der ego-Rolle werden. Für die Bundesrepublik wurde beispielsweise die von den Partnern in der Nachkriegszeit geforderte machtpolitische Zurückhaltung ein Teil des außenpolitischen Selbstverständnisses.

Daneben beinhaltet der Rollenbegriff auch ein spezifisches, mehr oder weniger regelmäßig wiederkehrendes *Verhaltensmuster* des Akteurs in bestimmten Situationen. Staaten nehmen dabei zum einen im gleichen Beziehungsrahmen unterschiedlichste Beziehungen zu anderen Staaten ein (im Beziehungsrahmen KSZE z.B. wurden während der 80er Jahre von einzelnen Mitgliedern in der Interaktion mit verschiedenen Staatengruppierungen unterschiedliche Rollen gespielt¹⁶). Zum anderen üben Staaten durch eine Vielzahl staatlicher Repräsentanten als einzelne Rollenträger (z.B. Diplomaten in verschiedenen Beziehungsrahmen an verschiedenen Orten) selbstverständlich mehrere Rollen gleichzeitig und nebeneinander aus. Statements außenpolitischer Entscheidungsträger belegen, daß Staaten i.d.R. mehrere Rollen verinnerlicht haben, die ihre Beziehungen in verschiedenen Kontexten widerspiegeln (Holsti 1970: 277) und unter Umständen widersprüchliches Verhalten beinhalten können, ohne daß dadurch die Existenz eines übergeordneten Rollenkonzepts in Frage gestellt werden muß¹⁷. Ein

¹⁶ Vgl. dazu die Studie von Zielinski (1990: 171ff).

¹⁷ In den einzelnen Fallstudien des DFG-Forschungsprojekts „Zivilmächte“ wurde das außenpolitische Verhalten der Akteure am idealtypischen Rollenkonzept der Zivilmacht gemessen. Ambivalenzen und auffällige Abweichungen innerhalb einer ansonsten klar erkennbaren Ausrichtung auf das Rollenkonzept der Zivilmacht belegen für die Bundesrepublik die angesprochenen Widersprüche in staatlichen Rollenkonzepten

Rollenkonzept besteht aus einem komplexen Rollenbündel, das über eine Vielzahl von *Situationsrollen*¹⁸ umgesetzt wird.

Als *Rollenverhalten* bezeichnen wir schließlich das tatsächliche Verhalten eines staatlichen Rolleninhabers in konkreten Situationen außenpolitischer Interaktion. Wir möchten uns in unserem Ansatz, wie bereits angesprochen, auf die Untersuchung des staatlichen Kollektivs beschränken und dem Rollenverhalten einzelner staatlicher Repräsentanten nur am Rande nachgehen. Dieses Rollenverhalten kann mit dem eigenen Rollenkonzept des Rolleninhabers oder mit den Rollenerwartungen der anderen mehr oder weniger genau übereinstimmen.

1.3. Rollentheoretische Ansätze in den IB

Im Rahmen der Internationalen Beziehungen blieb die Rollentheorie bislang insgesamt unterentwickelt - in vielen Arbeiten wird der Begriff der "Rolle" alltagssprachlich im Sinne eines Kausaleinflusses gebraucht¹⁹. Als analytisches Instrument zur Erforschung nationalstaatlicher Außenpolitik wurde sie dennoch mehrfach verwendet²⁰. Innerhalb der deutschsprachigen Politikwissenschaft konnte insbesondere die Dissertation Peter Gaupp's die Rollentheorie theoretisch und methodisch erschließen (Gaupp 1983) und als Analysemethode für das außenpolitische Verhalten eines staatlichen Akteurs (genauer gesagt der Schweiz) anwenden. Darüber hinaus fand die Rollentheorie in allen drei klassischen Ansätzen zur Außenpolitikanalyse Anwendung:

Rollentheoretische Untersuchungen im Zusammenhang mit dem *Entscheidungsfindungsprozeß* stellen vor allem auf den Einfluß des Individuums (Mikro-Ebene) bei der Formulierung eines nationalen Rollenkonzepts ab. Als Ausgangspunkt dienen meist kognitive Theorien zur Erklärung außenpolitischen Verhaltens. Außenpolitische Rollen eines Staates entspringen demnach den außenpolitischen Grundeinstellungen nationaler Führungseliten und ihrem persönlichen Rollenkonzept, d.h. der Rolle, die sie für sich selbst als Individuum im außenpolitischen Entscheidungsprozeß beanspruchen (vgl. Hermann 1987a). Die

¹⁸ Vgl. dazu Holsti (1970: 277); Gaupp (1983: 71); Walker (1987a: 282). Vielfach decken sich die Begriffe Rollenkonzept mit Rollenbündel bzw. Situationsrolle mit Rolle.

¹⁹ Als Beispiel: "Staat X hat im Rahmen dieser Verhandlungen eine bedeutende Rolle gespielt". Vgl. zum alltagssprachlichen Gebrauch des Rollenbegriffs Gaupp (1983: 21) und Jönsson/Westerlund (1982: 22f).

²⁰ Vgl. grundlegend Holsti (1970: 233-309); Jönsson/Westerlund (1982: 122-157); Gaupp (1983); Walker (1987a, b). Eine Übersicht der IB-Literatur, in die das Rollenkonzept Eingang gefunden hat, liefern Gaupp (1983: 87-91) und Walker (1987a: 242-259).

Herausbildung nationaler Rollenkonzepte hängt für Vertreter dieser Forschungsrichtung weiterhin vom Weltbild der Eliten ab und unterliegt einem kognitiven Raster (vgl. Hermann 1987b). Diese Ansätze sind also mehr auf die Entstehungsseite nationaler Rollenkonzepte fixiert und versuchen in die 'black box' außenpolitischer Entscheidungsfindung hineinzuschauen.

Vertretern *struktureller, systemorientierter Ansätze* geht es um die Verknüpfung der Rollentheorie mit Systemtheorien (vgl. Walker 1987a: 66-79). Walker und Simon gehen in einer Untersuchung der Frage nach, wie Situationsrollen in bilateralen Beziehungen mit konfligierenden Erwartungen zu erklären sind (vgl. Walker/Simon 1987).

Das Erkenntnisziel rollentheoretischer Studien innerhalb des uns vielversprechend erscheinenden Ansatzes der *vergleichenden Außenpolitikforschung* ist zumeist die Frage, inwieweit sich nationale Rollenkonzepte unterscheiden (deskriptiv), welches Erklärungspotential dies für das außenpolitische Verhalten der Akteure hat, und warum es in verschiedenen Staaten zur Ausbildung unterschiedlicher Rollenkonzepte kommt (explikativ).²¹ Einige dieser Ansätze werden im folgenden genauer dargestellt.

Holsti definiert in seiner grundlegenden Studie über die außenpolitischen Rollen von 71 Staaten ein *Rollenkonzept* als:

"the 'policymakers' own definitions of the general kinds of decisions, commitments, rules, and actions suitable to their states, and of the functions, if any, their state should perform on a continuing basis in the international system or in subordinate regional systems" (Holsti 1970: 245f).

Vier Hauptthesen stellen die Eckpfeiler seiner Untersuchung dar:

1. Außenpolitische Entscheidungsträger besitzen nationale Rollenkonzepte, an denen sich ihr Verhalten orientiert.

²¹ Vgl. dazu auch das DFG-Forschungsprojekt *Zivilmächte* an der Universität Trier, in dem Rollenkonzepte und Rollenverhalten der USA, Deutschlands und Japans vergleichend auf ihren Zivilmacht-Charakter hin untersucht werden.

2. Der *ego-part* nationaler Rollenkonzepte beeinflusst dabei die manifeste Außenpolitik eines Staates mehr als die Rollenerwartungen anderer Akteure des systemischen Umfelds.
3. Die Quellen nationaler Rollenkonzepte sind eine komplexe Mischung aus geographischen, machtpolitischen, historischen und sozio-ökonomischen Charakteristika, sowie aus Systemstrukturen und idiosynchronischen Merkmalen außenpolitischer Eliten.
4. Als Konsequenz nationaler Rollenkonzepte ergeben sich Beschränkungen für das außenpolitische Verhalten einzelner Staaten. Gleichzeitig beeinflussen Rollenkonzepte Stabilität und Wandel des internationalen Systems, sind also strukturbildend.

Diesem Verständnis von „Rollenkonzept“ möchten wir uns anschließen. Auf die Begrenzungsfunktion nationaler Rollenkonzepte für die Handlungsoptionen eines Akteurs weisen auch Sampson und Walker in ihrer Untersuchung über den Einfluß kultureller Normen auf das außenpolitische Rollenkonzept von Staaten hin. Danach beinhalten Rollenkonzepte Ziele und Handlungsanweisungen, die als Begrenzung möglicher Außenpolitiken fungieren, indem sie normative und prozedurale Beschränkungen der akzeptablen und erstrebenswerten außenpolitischen Ziele und Mittel vorgeben (Sampson/Walker 1987: 108, 118). Die Rahmenfunktion nationaler Rollenkonzepte ist also von besonderer Bedeutung.

Staatliche Rollenkonzepte spiegeln immer auch die innere Verfaßtheit eines Staates wider, denn sie beinhalten zumindest teilweise international ausgerichtete Normen, die direkt von nationalen, gesellschaftlichen Normen und Wertvorstellungen abgeleitet sind. Dabei versuchen Sampson und Walker zu zeigen, daß die gesellschaftlichen Normen des Entscheidungsfindungsprozesses (d.h. der Stil des Umgangs miteinander, ob im Management oder in der außenpolitischen Bürokratie) auch in den Außenbeziehungen eines Staates zur Anwendung kommen. Staaten, die beispielsweise mittleren und unteren Entscheidungsebenen bei der Entscheidungsfindung keine Bedeutung beimessen, werden demnach tendenziell auch weniger emphatisch für multilaterale Entscheidungsfindung auf internationaler Ebene sein. Mit anderen Worten, ein Staat verhält sich anderen Staaten oder Akteuren des internationalen Systems gegenüber ähnlich wie sich nationale Entscheidungsträger untereinander verhalten²². Diese Beobachtungen entsprechen weitgehend den Überlegungen zur (außen)politischen Kultur.

²² "Decision makers...tend to employ the same norms in dealing with other states that they use for dealing with subordinates." (Sampson/Walker 1987: 114).

Daraus folgt auch, daß eine außenpolitische Grundorientierung dann von der Bevölkerung unterstützt wird, wenn sie den Grundwerten der eigenen Gesellschaft nahe steht. Der Studie gelingt es, unterschiedliche Außenpolitiken (i.e. den Grad der außenpolitischen Unabhängigkeit und den Hang zum Unilateralismus) Frankreichs und Japans anhand kultureller Eigenheiten (Normensystem und Führungsstil) zu erklären. Insbesondere folgern die Autoren aufgrund ihrer quantitativen Analyse, daß individualistische (im Gegensatz zu gruppenorientierten) Kulturnormen mitverantwortlich sind für eine unabhängige/unilaterale Außenpolitik (Sampson/Walker 1987: 120).

Eine rollentheoretische Studie von Wish versucht die Ursache für die Entstehung verschiedenartiger Rollenkonzepte herauszuarbeiten (Wish 1987). Die Autorin macht insbesondere nationale Charakteristika, wie z.B. territoriale Größe und Lage, Grad der ökonomischen Entwicklung und das Vorhandensein einer demokratischen Orientierung für die unterschiedlichen Rollenkonzepte in der Staatenwelt verantwortlich. Wish sieht das außenpolitische Verhalten von Staaten als Produkt aus nationalen Möglichkeiten (Ressourcen im weitesten Sinne) und den nationalen Motivationen (Zielsetzungen) der Entscheidungsträger, die sich in Rollenkonzepten widerspiegeln (Wish 1987: 96). Ihr Forschungsansatz eignet sich im wesentlichen zur Überprüfung 'rationalistisch' orientierter Hypothesen (z.B. große Staaten verfolgen mehr konfrontative als kooperative, mehr international als national orientierte Rollenkonzepte) bzw. für den direkten Vergleich der Rollenkonzepte von Staaten, die sich in den drei Hauptvariablen ihrer Untersuchung unterscheiden.

Wish's Studie lenkt die Aufmerksamkeit auf eine der wesentlichen Quellen außenpolitischer Rollenkonzepte: die historische Dimension, insbesondere die Fähigkeit eines Akteurs, aus historischen Entwicklungen zu lernen und darauf aufbauend Schlußfolgerungen für das eigene außenpolitische Rollenkonzept zu ziehen.

Cox/Jacobson (1974) haben mit ihrem rollentheoretischen Ansatz darüber hinaus ein Analyseinstrument zur *Bewertung* staatlichen Handelns angeboten. Zwar konzentriert sich ihr Ansatz darauf, "to identify influence, weigh and assess it, and ultimately to explain how influence is acquired in international organizations" (Cox/Jacobson 1974: 1). Grundsätzlich wird damit aber auch eine Bewertung der Gestaltungsfähigkeit außenpolitischer Strategien möglich. Darauf aufbauend kann eine 'Rolle' in den internationalen Beziehungen generell verstanden werden als bestimmte Form der Ausübung von Einfluß in einem Beziehungszusammenhang.

1.4. Vorzüge des rollentheoretischen Ansatzes

Nationalstaaten besitzen individuelle Außenpolitikstile, die von einer Globaltheorie heute nur noch schwerlich in ihrer Vielfalt analytisch und explikatorisch erfaßt werden können. Die Rollentheorie trägt der Forderung nach Individualität theoretischer Ansätze Rechnung, ähnlich wie dies Rosenau mit seinem Vorschlag der „single-country theories“ angeregt hat (Rosenau 1987b). Den individuellen Charakter staatlicher Außenpolitiken und ihren z.T. nachhaltigen Einfluß auf die Strukturbildung vermag die Rollentheorie angemessen zu berücksichtigen: Sie geht aus von "Akteure(n) mit ihren Ideen, ihrem Wissen und ihrer potentiellen Lernfähigkeit", auch bezüglich der eigenen Rolle, "die ein kreatives Moment einschließt" (Schaber/Ulbert 1994: 148). Weil die Rollentheorie methodisch explizit auf eine Identifizierung und Analyse unterschiedlicher außenpolitischer Strategien der Akteure ausgerichtet ist, kann sie unterschiedliche Strategien deutlicher herausarbeiten und voneinander abgrenzen.

Die Rollentheorie bietet sich insgesamt als integrierende Methode zur Außenpolitikanalyse an, weil sie eine Mikro-Makrosynthese verschiedener Theorieansätze durch die Einbeziehung individueller, gouvernementaler, gesellschaftlicher und systemischer Analyseebenen leisten kann (Rosenau 1987a: 44-65)²³. Rollentheoretische Ansätze können also als Scharnier zwischen der Akteursebene und der Systemebene fungieren. Als Methode in der vergleichenden Außenpolitikforschung bringt die Rollentheorie auf der Mikroebene die psychologischen Akteursvariablen des Individuums bzw. der Gruppe der Entscheidungsträger in die Analyse ein, die immer mit Umwelteinflüssen interagieren. Manifeste Rollenerwartungen der Umwelt fließen in das Kalkül der Entscheidungsträger ein (vgl. Walker 1987a: 3). Umgekehrt gelingt es der Rollentheorie, in den Entscheidungsfindungsansatz Variablen des internationalen Umfeldes zu integrieren: ähnlich wie systemische Theorien erkennt die Rollentheorie den Einfluß objektiver Gegebenheiten (geographische Lage, eigene Machtressourcen) auf Akteursentscheidungen und -Verhalten an. Systemstrukturen - etwa Machtgleichgewicht, aber auch internationale Institutionen - reflektieren aus rollentheoretischer Perspektive kompatibles bzw. komplementäres Rollenverhalten der wichtigsten Akteure. Kooperation und Integration entstehen auch als Folge interaktiven außenpolitischen Rollenverhaltens wie Abschreckungssysteme, krisenhafte Eskalation und

Krieg. Kompatibilität und Kongruenz des Rollenverhaltens spielen dabei ebenso eine wichtige Rolle für systemische Entwicklungen wie die Inhalte der jeweiligen Rollenkonzepte.

Daß das internationale System kein moralisches Vakuum mehr ist²⁴, sondern, zumindest im OECD-Rahmen, zunehmend zu einer "international society" wird²⁵, in der Staaten im Bewußtsein gemeinsamer Interessen und Werte in ein gemeinsames Regelsystem eingebunden sind und über gemeinsame Institutionen verfügen (Bull 1987: 32), haben auch Vertreter systemischer Theorien anerkannt. Systemisch-utilitaristische Handlungstheorien vernachlässigen aber diese "in der politischen Realität wirkungsmächtigen Faktoren - z.B. die Wichtigkeit impliziter oder expliziter Vorstellungen von Gerechtigkeit zwischen den Akteuren, die Bedeutung von Vertrauen oder das Phänomen vom 'Lernen[...]' (Müller 1994: 15). Weder der Ansatz von der Gesellschaftswelt²⁶ noch die Regimetheorie²⁷ aber liefern einen analytischen Rahmen, um Werte, Normen und Prinzipien, die Akteursverhalten in dieser Gesellschaftswelt beeinflussen, zu identifizieren und ihren Einfluß aufzuzeigen. Der Einfluß endogen bestimmter Werte, Normen und Prinzipien, aber auch spezifischer geographischer und historischer Merkmale auf staatliche Interessenformulierung und Außenpolitikstrategie wird zwar von Vertretern reflexiver Theorieansätzen immer deutlicher erkannt²⁸, bereitet aber in seiner systematischen Erforschung analytische Schwierigkeiten. Hier bietet sich die Rollentheorie als Beitrag zur gegenwärtigen Debatte über die theoretische und praktische Operationalisierung dieser neuen Variablen an. Die Rollentheorie kann Normen und Werten angemessene Bedeutung schenken, indem sie diese über die Erstellung von Rollenkonzepten - z.B. durch eine Sprachanalyse außenpolitischer Rhetorik - zunächst identifiziert und dann am konkreten Akteursverhalten systematisch abtestet.

Das Konzept der außenpolitischen Rolle ist also in der Lage, die jeweiligen Weltbilder, normativen Grundprinzipien und Annahmen über Kausalzusammenhänge außenpolitischer Akteure systematisch miteinander zu verknüpfen. Dadurch kann es einen wichtigen Beitrag dabei leisten, zu erklären, warum Akteure ihre Ziele und Interessen so bestimmen, wie sie dies tun, warum sich Staaten für bzw. gegen bestimmte außenpolitische Strategien und Handlungsoptionen entscheiden. Neo-Realistische Theorien führen außenpolitisches Handeln

²³ Vgl. dazu auch Walker (1979: 205); Gaupp (1983: 13) spricht von einer "integrierenden Theorie".

²⁴ Vgl. dazu Brown (1995).

²⁵ Vgl. dazu Buzan (1993), auch Luard (1992) und Bull/Watson (1990).

²⁶ Vgl. dazu Czempiel (1991: 86ff).

²⁷ Vgl. dazu Rittberger (1993).

vor allem auf die unterschiedliche Verteilung von Macht und ein unterschiedliches Streben der Staaten nach Sicherheit zurück. Unserer Auffassung nach ist die Entscheidung für bzw. gegen eine bestimmte Außenpolitik keinesfalls so klar bzw. einseitig determiniert. Die außenpolitische Orientierung eines Staates, seine Ziele und die Wahl bestimmter außenpolitischer Instrumente und Mittel kann von der Rollentheorie als Ergebnis eines kognitiven Prozesses, als Reflexion der Akteure über ihre Ziel-, Mittel- und Wertpräferenzen gedeutet werden.²⁹

Die Untersuchung unterschiedlicher Außenpolitikstrategien kann also von der Rollentheorie erfaßt werden. Aber befriedigt sie auch die für theoretische Ansätze geforderte Generalisierbarkeit? Die Untersuchung der Außenpolitik verschiedener Akteure anhand eines Idealtypus stellt unserer Auffassung nach die gangbarste Methode dar, um zu den für Theorieentwürfe geforderten Aussagen mit generalisierendem Charakter zu gelangen. Man kann Übereinstimmungen und Abweichungen von Akteursverhalten an einem Idealtypus messen, um beispielsweise herauszufinden, ob und in welchem Maße ein Akteur eine bestimmte Außenpolitik verfolgt, die einem zuvor identifizierten Ziel dienlich ist. So wurde von uns das idealtypische Rollenkonzept der Zivilmacht (s.u.) als Schablone entwickelt, um mit ihrer Hilfe das Verhalten wichtiger Nationen zu untersuchen³⁰, die nachhaltigen Einfluß auf die internationalen Beziehungen nehmen und denen somit ein hohes Gestaltungspotential und, damit einhergehend, eine große Verantwortung in der internationalen Politik zukommt - im Falle unseres Projektes Amerika, die Bundesrepublik und Japan.

Schließlich ist das Rollenkonzept in der Lage, normative und empirische Dimensionen der Analyse miteinander zu verbinden. Der von uns gewählte Weg, ein bestimmtes Rollenkonzept idealtypisch zu entwickeln, ermöglicht nicht nur eine systematische Beschreibung des Rollenverständnisses und des Rollenverhaltens von Akteuren, sondern er liefert auch Kriterien der Bewertung außenpolitischen Verhaltens in doppelter Hinsicht: Zum einen ergeben sich Bewertungsmöglichkeiten aus dem Vergleich von Rollenverständnis und Rollenverhalten eines Akteurs, zum anderen aus dem Vergleich zwischen dem Idealtypus der Rolle einerseits und dem konkreten Rollenverständnis bzw. Rollenverhalten unterschiedlicher Akteure andererseits. Außenpolitisches Verhalten kann also zum einen am eigenen Anspruch gemessen werden, zum

²⁸ Vgl. Katzenstein (i.V.); Klotz (1995: 460, m.w.N); Goldstein/Keohane (1993); Kratochwil (1993).

²⁹ In diese Reflexion fließen natürlich immer Überlegungen mit ein, die die Position des Akteurs im internationalen System beinhalten.

anderen an den Anforderungen, die sich aus dem vom Beobachter entwickelten Idealtypus ergeben.

1.5. Defizite der Rollentheorie

Für die Vorhersage staatlichen Verhaltens eignet sich die Rollentheorie allerdings nur bedingt: In seiner Untersuchung über den Zusammenhang außenpolitischer Rhetorik und dem manifesten außenpolitischen Verhalten von Staaten enthüllt Walker eine klare Schwäche des rollentheoretischen Erklärungspotentials: Die empirische Studie konnte nur einen schwachen Zusammenhang zwischen Rollenkonzepten (= Rhetorik) und Rollenverhalten (= außenpolitisches Agieren) für die Supermächte in ihren dyadischen Beziehungen feststellen (Walker 1987a: 83). Holsti wies auf dieses Vorhersagedefizit der Rollentheorie bereits 1970 hin. Insbesondere wenn Rollenkonzepte im Wandel begriffen bzw. nur schwach oder vage ausgeprägt sind, eignen sie sich nur bedingt für eine Prognose außenpolitischen Verhaltens (vgl. Holsti 1970: 299). Rollenkonzepte sind komplex und oft ambivalent. Abweichendes Rollenverhalten ist daher häufig zu beobachten und durchaus kein Beweis dafür, daß Staaten keine spezifischen Rollenkonzepte ausbilden. Problematisch erscheint aber die Frage, welche Elemente bzw. Situationsrollen eines Rollenbündels im Akteursverhalten existieren müssen, um von einem bestimmten Rollenkonzept sprechen zu können. Auch läßt sich der Einfluß von Fremdzuschreibung und Eigenzuschreibung auf die Formulierung und Implementierung nationaler Rollenkonzepte nicht messen³¹. Das Mischungsverhältnis aus eigenem Rollenkonzept (*ego-part*) und fremden Rollenzuschreibungen bzw. Rollenerwartungen (*alter-part*) auf das tatsächliche Rollenverhalten eines staatlichen Akteurs muß vielmehr für den konkreten Einzelfall analysiert werden.

Dem sozialwissenschaftlichen Anspruch an Theorien, allgemeingültige Sätze zur Verhaltenserwartbarkeit zu beinhalten, entspricht der hier vorgestellte Ansatz mit Hilfe der Formulierung von Verhaltenshypothesen, die von der idealtypischen Zivilmachtrolle für unterschiedliche Politikfelder vorgegeben werden. Beispielsweise lassen sich in internationalen Krisen- bzw. Konfliktsituationen von einer Zivilmacht idealtypisch bestimmte außenpolitische Strategien und der Einsatz spezifischer Instrumente erwarten, um Krisen bzw. Konflikte

³⁰ Dabei ist es natürlich auch möglich, andere Idealtypen als den der Zivilmacht zu entwickeln und zu überprüfen.

³¹ In dem erwähnten DFG-Forschungsprojekt zeichnet sich ein unterschiedliches Mischungsverhältnis beider Einflüsse für unterschiedliche Beziehungszusammenhänge ab.

politisch zu verhindern, zu lösen oder einzudämmen. Nach einer empirischen Überprüfung des Idealtypus an mehreren Fallstudien können auch Wenn-Dann-Sätze formuliert werden.

2. *Zivilmacht als Rollenkonzept*

Warum Außenpolitikanalyse anhand eines Idealtypus?

Im Zusammenhang mit der Diskussion über die 'Zivilisierung' der internationalen Beziehungen und anhand der Beobachtung des spezifischen außenpolitischen Verhaltens der Bundesrepublik und Japans wurde das idealtypische Rollenkonzept der Zivilmacht entworfen (vgl. Maull 1990, 1992) mit dessen Hilfe wir Akteursverhalten erklären wollen, das mit rein utilitaristisch-rationalistischen bzw. mit systemischen Theorien nicht erklärbar ist. Das idealtypische Konzept der Zivilmacht umreißt ein spezifisches außenpolitisches Selbstverständnis sowie spezifische Zielsetzungen, Strategien und Instrumente staatlicher Außenpolitik und identifiziert damit Grundelemente eines spezifischen Rollenkonzepts. Über die Erstellung eines Rollenkonzepts und eine empirische Überprüfung außenpolitischen Rollenverhaltens am Idealtypus kann dann staatliches Verhalten erklärt werden.

Dabei bezeichnet Zivilmacht dreierlei: Einmal wird damit ein *Akteur* klassifiziert, der beansprucht, die internationalen Beziehungen mitzugestalten, sich in Zielsetzung und Strategie von klassischen Großmächten jedoch bewußt abgrenzt (Zivilmacht als Macht). Zweitens bezeichnet Zivilmacht ein spezifisches *Rollenkonzept*, das heißt, eine besondere Form außenpolitischer Wertorientierung und außenpolitischen Stils, zielgerichtet auf den Prozeß der Zivilisierung internationaler Politik (Zivilmacht als Rolle). Drittens schließlich ist Zivilmacht auch das *Mittel* zur Erreichung eines bestimmten Ziels, also eine außenpolitischen Strategie, die auf spezifischen Instrumenten basiert (Zivilmacht als Medium).

2.1. *Herkunft und Grundlagen des Zivilmacht-Ansatzes*

Im Rahmen der Friedens- und Konfliktforschung wurde auf die weitaus ältere Idee von der gesellschaftlichen *Zivilisierung* zurückgegriffen. Norbert Elias (1976: 312-454) hat zunächst den Prozeß der innergesellschaftlichen Zivilisierung eindrucksvoll nachgezeichnet, der für ihn in einer zunehmenden Bändigung menschlicher Affekte durch die Gesellschaft besteht (Elias

1976: 313). Das damit verbundene "Peinlich-Werden der Anwendung von Gewalt im Konfliktaustrag" (Meyers 1991: 272; vgl. auch Elias 1976: 403-408) geschieht im Zuge einer immer stärkeren gesellschaftlichen Verflechtung und Rationalisierung, die Kooperation und eine zunehmende Affektkontrolle der einzelnen Mitglieder notwendig machen. Der Druck auf den einzelnen, sich 'richtig' zu verhalten wird so groß, daß die Individuen eine automatische Selbstkontrollapparatur entwickeln, um eigene Verstöße gegen gesellschaftsübliches Verhalten zu verhindern (Elias 1976: 317). Der einzelne verzichtet schließlich auf die Anwendung physischer Gewalt aufgrund eines internalisierten Selbstzwanges zur Affektkontrolle und befürwortet eine Monopolisierung der Gewaltausübung durch gesellschaftliche, später staatliche Zentralorgane (Elias 1976: 320). Besonders Dieter Senghaas hat - mit Bezug auf die Überlegungen von Elias - versucht, den Zivilisationsbegriff im Sinne einer zunehmenden Zurückdrängung und Überwindung der Gewaltanwendung auf die internationalen Beziehungen zu übertragen. Für ihn bedeutet Zivilisierung vor allem eine qualitativ neue Form der Konfliktregelung:

" Potentiell gewalttätige und vor allem kriegerische Machtrivalitäten in eine friedliche Konfliktregelung zu überführen, ist Inhalt des Zivilisationsprozesses. In ihm geht es also um die Transformation von Konflikten. Dabei wird Macht nicht eliminiert, sondern eingegrenzt. Sie wird durch Verrechtlichung der Auseinandersetzungen eingehegt [...] Die Entwicklung eines staatlichen Gewaltmonopols führte zur Entprivatisierung der Gewalt; eine weitflächige Vernetzung unter Wettbewerbsbedingungen machte zweckrationales Handeln zum Imperativ. Beides mäßigte praktisches Verhalten [...] So entwickelte sich in jahrhundertelangen gesellschaftspolitischen Konflikten der demokratische Rechtsstaat. In ihm werden Konflikte institutionell geregelt" (Senghaas 1988: 167f).

Der keineswegs lineare oder stetige Prozeß gesellschaftlicher Zivilisierung setzt sich dann über Vormachtkämpfe nationalstaatlich fort und *kann* über die Bildung immer größerer Gewaltmonopole, für die eine gewaltträchtige Konfliktregelung tödliche Kosten beinhalten würde, zu einer globalen Pazifizierung führen (Elias 1976: 452).

Für die Übertragbarkeit dieser gesellschaftlichen Zivilisierungs-Idee auf die internationalen Beziehungen sprechen zwei Gründe³²: Erstens beobachten wir eine zunehmende Interaktionsdichte zwischen Staaten und Gesellschaften über die Grenzen der Nationalstaaten hinweg; damit wird eine internationale 'Zivilisierung' möglich. Zweitens spricht nichts für die Annahme, daß Zivilisierung als historisches gesellschaftliches Phänomen an der Grenze des Nationalstaates enden muß.

Ziel des Zivilisierungsprozesses ist also nicht primär die Abschaffung der zwischenmenschlichen bzw. zwischenstaatlichen Phänomene „Macht“ oder „Gewalt“³³, sondern ihre Einbindung in gesellschaftliche bzw. supranationale Strukturen der Kontrolle über Entscheidung und Verfügbarkeit. Reinhard Mutz hat unter anderem auf die bedeutende rechtliche Komponente dieses Prozesses hingewiesen. Danach bedeutet Zivilisierung die „Überführung der Gewaltoption aus der interessengeleiteten Beliebigkeit einzelstaatlicher Verfügung in die Zuständigkeit der internationalen Rechtsgemeinschaft nach verbindlichen Rechtsregeln zur gemeinsamen Rechtswahrung gegen individuellen Rechtsbruch“ (Mutz 1995:2).

Zivilmächte haben sich nun im Sinne der von Elias angenommenen Selbstbindung der Aufgabe verschrieben, den Prozeß der nationalen Zivilisierung auch auf internationaler Ebene zu fördern, indem sie durch eine Zivilisierungspolitik günstige Voraussetzungen dafür schaffen. Ähnlich wie für Individuen im Laufe des innergesellschaftlichen Zivilisierungsprozesses eine Affektkontrolle, also der Verzicht auf die Anwendung physischer Gewalt, und ein staatliches Gewaltmonopol internalisiert wurden, haben Zivilmächte den gewaltfreien zwischenstaatlichen Konfliktaustrag zum Selbstzwang erhoben und die partielle Überführung staatlicher Souveränität an internationale Institutionen akzeptiert. Sie haben also das Rollenkonzept einer Zivilmacht verinnerlicht.

Auf nationalstaatlicher Ebene gründet das Rollenkonzept einer Zivilmacht auf historischen Erfahrungen (z.B. traumatische Erfahrungen mit kriegerischem Konfliktaustrag und Gewaltanwendung oder Zivilisierungsprozesse durch die USA in der Nachkriegsperiode wie im

³² Demgegenüber gestaltet sich die direkte Übertragung der Eliasschen Zivilisierungstheorie auf zwischenstaatliche Beziehungen als problematisch.

³³ Zum Phänomen militärischer Gewalt als Mittel der Politik vgl. Czempiel 1994.

Falle der Bundesrepublik und Japans) sowie auf das damit einhergehende Phänomen gesellschaftlicher Lernfähigkeit, Vernunft und Einsicht. Damit beinhaltet die Herausbildung des Rollenkonzepts der Zivilmacht für uns sowohl einen *alter-part* als auch einen *ego-part*: Deutschland und Japan wurden von den USA in der Nachkriegszeit aktiv zu einer zivilmachtorientierten Außenpolitik angehalten. Gleichzeitig beruht der von beiden Staaten gewählte außenpolitische Kurs auf einer Reihe von bewußten eigenen Entscheidungen. Was Schaber/Ulbert interpretativen Ansätzen im Zusammenhang mit der Untersuchung von Institutionen zuschreiben, gilt ebenso für das Zivilmacht-Konzept: Die Herausbildung des Rollenkonzepts der Zivilmacht aufgrund historischer Lernprozesse wird von uns "nicht nur als Verhaltensanpassung verstanden, sondern als kognitiver Prozeß, der grundlegend das Verständnis der Akteure über sich selbst, ihre Rolle und ihre Umwelt, in der sie handeln, ändert" (Schaber/Ulbert 1994: 159f). Zivilmacht erfüllt also die von Ernst B. Haas postulierten Anforderungen für echte kollektive Lernprozesse, denn die mit dem Rollenkonzept der Zivilmacht einhergehende Verhaltensänderung von Staaten erfolgt nicht allein aufgrund veränderter Aufgabenstellungen, sondern nachdem zugrundeliegende Prämissen, Werte und Ziele des Handelns in Frage gestellt und überprüft wurden (vgl. Haas 1991: 24).

2.2. Begriffsklärung und Abgrenzung

Zivilmacht wird von uns verstanden als ein mögliches außenpolitisches Rollenkonzept. Zivilmacht ist somit die Konkretisierung des allgemeinen Begriffs 'Rollenkonzept' für einen bestimmten staatlichen Akteur. Gehen positivistische Ansätze von einem Vernunftbegriff aus, der an Rationalität (Macht, Interesse) geknüpft ist, so postulieren reflexive Ansätze wie die Rollentheorie eine Einsicht in Normen und gemeinsame Werte. Die Eigendynamik von Normen, Werten, aber auch Ideen³⁴ führt unserer Auffassung nach zu einem außenpolitischen Selbstverständnis und folglich zu außenpolitischen Praktiken, "die selbst nicht utilitaristisch erklärbar sind und jedem Interessenkalkül prinzipiell vorgelagert sind" (Schaber/Ulbert 1994: 155). Staatliche Interessen werden von der Rollentheorie jedoch nicht ausgeblendet. Natürlich verfolgen auch zivilmachtorientierte Staaten nationale Interessen. Diese unterliegen aber dem direkten Einfluß von Werten und Normen³⁵ und sind das Ergebnis kollektiver Lernprozesse.

³⁴ Man könnte das Zivilmacht-Konzept auch als handlungsleitende Idee von Zivilmächten bezeichnen. Vgl. für den Einfluß von Ideen auf die internationalen Beziehungen Jachtenfuchs (1995).

³⁵ Vgl. dazu Mutz (1995).

Die Übernahme einer ganz bestimmten außenpolitischen Strategie kann darüber hinaus auch besonders gut geeignet sein, wertgebundene Ziele und Interessen eines Staates zu verwirklichen, wie dies am Beispiel der Bundesrepublik in der Nachkriegszeit ja ganz deutlich wird. Durch supranationale Integration und grundsätzliche Kooperationsbereitschaft hat die Bundesrepublik wirtschaftliches Wohlergehen und Sicherheit für sich und ihre europäischen Partner gewährleisten können. Für Zivilmächte ergibt sich unserer Auffassung nach kein Widerspruch zwischen der Selbstbindung an Normen und Werten einerseits und der Verfolgung staatlicher Interessen und Ziele andererseits. Denn Ziele und Interessen ergeben sich erst aus übergeordneten Normen und Werten, sind also prinzipiell nachgeordnet.

Im Rahmen theoretischer Überlegungen zum Konzept der Zivilmacht wurde *Zivilmacht als Rollenkonzept* im Sinne "einer bestimmten Form der Einflußnahme auf den Gang der internationalen Beziehungen" (Maull 1992: 780) durch Zivilmächte definiert als:

"the ability and intent to shape international relations in line with objectives, and using the instruments outlined above. Civilian powers are, in other words, states which are willing and able to advance the civilianization of the international system" (Maull 1993: 126).

Im hier dargestellten rollentheoretischen Ansatz wird Zivilmacht im Sinne einer Akteursklassifizierung idealtypisch daher folgendermaßen definiert:

Eine Zivilmacht ist ein Staat, dessen außenpolitisches Rollenkonzept und Rollenverhalten *gebunden* sind an Zielsetzungen, Werte, Prinzipien sowie Formen der Einflußnahme und Instrumente der Machtausübung, die einer Zivilisierung der internationalen Beziehungen dienen.

Zu den Grundprinzipien und den außenpolitischen Handlungsmaximen von Zivilmächten zählen insbesondere:³⁶

- Die Zählung und Einhegung einzelstaatlich organisierter Gewaltanwendung bei der Austragung nationaler und transnationaler Konflikte.

- Eine zunehmend präzisere Verrechtlichung und Verregelung der internationalen Beziehungen.
- Eine Intensivierung multilateraler Kooperation und die Schaffung partizipatorischer Entscheidungsprozesse zur breiten Legitimierung einer internationalen Ordnung, die auf den Grundwerten Freiheit, Demokratie und Marktwirtschaft basiert.
- Die Förderung sozialer Ausgewogenheit und Gerechtigkeit auf globaler Ebene.
- Eine verstärkte Institutionenbildung zur Kontrolle und Durchsetzung allgemeiner Normen mit der Bereitschaft zu partiellem Souveränitätstransfer.
- Die Kanalisierung der Austragung von Konflikten mit besonderen Auflagen und Prinzipien für die Anwendung militärischer Gewalt³⁷.

Um das Rollenbündel einer Zivilmacht zu operationalisieren, haben wir Zivilmächten idealtypisch verschiedene Wertorientierungen und Zielsetzungen sowie außenpolitische Verhaltensweisen und Instrumente zugeschrieben, die bei der Untersuchung staatlichen Handelns als Analysekategorien dienen.

1. Gestaltungswille:

Zivilmächte beanspruchen, an der Gestaltung der internationalen Beziehungen in ihrem regionalen Umfeld wie auch global führend mitzuwirken. Dieser Anspruch zielt allerdings nicht auf einen exklusiven Führungsanspruch, sondern darauf, zukünftige Entwicklungen durch kollektive oder partnerschaftliche Bemühungen zu gestalten, im Rahmen solcher Bemühungen selbst initiativ zu werden, Anstöße zu geben sowie eine Vorreiter-Rolle zu spielen und eine Beispielfunktion auszuführen.

2. Nationale Zielsetzungen:

Nationale Zielsetzungen werden von Zivilmächten neben dem Grundbedürfnis der Sicherheit primär in den Kategorien Wohlstand, soziale Ausgewogenheit und demokratische Stabilität definiert. Die Außenpolitik der Zivilmächte steht eindeutig unter dem Primat demokratisch-sozialstaatlicher Innenpolitik. Zivilmächte versuchen also grundsätzlich, den innerstaatlich erreichten Stand der Zivilisierung auf die internationalen Beziehungen zu übertragen.

³⁶ Vgl. für die folgenden Elemente zivilmächtorientierter Außenpolitik Maull (1991: 161-165).

³⁷ Ähnliche Merkmale beinhaltet Senghaas' zivilisatorisches Hexagon (1994: 19ff).

3. Internationale Zielsetzungen:

Die Zivilisierung internationaler Politik ist für Zivilmächte Aufgabe im Sinne der demokratischen Stimmigkeit der Politik wie einer Beherrschung der Interdependenz-Risiken. Im einzelnen bedeutet dies ein Bemühen um Veränderungen in den Organisationsformen, Regeln und Verfahrensweisen der internationalen Gesellschaft einerseits, um die verstärkte Entfaltung und Durchsetzung universaler Werte andererseits. Zivilmächte streben nach einer arbeitsteiligen Organisation internationaler Politik und bejahen einen partiellen Souveränitätstransfer als unerläßliche Voraussetzung hierfür. Dazu gehört selbstverständlich die Bereitschaft, internationale Normen für sich selbst als verbindlich anzuerkennen.

Einer Zivilisierung dient auch das Bestreben nach Regimebildung sowie der wachsenden Verrechtlichung und Institutionalisierung der internationalen Beziehungen. Zivilmächte sehen in internationalen Regimen und Institutionen in aller Regel die geeignetste Form der Konfliktbearbeitung. Hierher gehört grundsätzlich auch die Unterstützung jeglicher Form der Vertiefung internationaler Institutionen (Ziel: Effizienz) und die Erweiterung institutionalisierter Kooperationszusammenhänge (Ziel: verbesserte Legitimierung). Eng verwandt damit ist die Unterstützung von Prozessen der Verrechtlichung und der Durchsetzung des Völkerrechtes in den internationalen Beziehungen. Die bislang genannten Vorstellungen von Zivilmächten über die anzustrebende Form der Organisation internationaler Beziehungen wird abgerundet durch eine allgemeine Unterstützung für eine Erweiterung und Vertiefung der Vereinten Nationen.

4. Verflochtene Interessen und universale Werte:

Nationale Interessen werden von Zivilmächten als zutiefst verflochten mit denjenigen anderer Staaten definiert. Universelle Werte (wie z.B. die Einhaltung der Menschenrechte) werden als Bestandteil nationaler Interessen gesehen. Zivilmächte bekennen sich explizit zu einer wertorientierten Außenpolitik. Dazu zählt auch, „good governance“ in anderen Staaten zu unterstützen bzw. voranzubringen. Die Förderung von Demokratisierungsprozessen, von rechtsstaatlich und demokratisch-pluralistischen, partizipatorischen und marktwirtschaftlichen, jedenfalls ökonomisch effizienten Strukturen, gehört folglich zur erklärten Zielsetzung der Außenpolitik von Zivilmächten. Zur Durchsetzung dieser Wertvorstellungen lassen sich einerseits Auflagen bei der Gewährung von Vergünstigungen vorstellen ('Konditionalität'), andererseits auch kollektive Sanktionen: Intervention wäre im letzteren Fall jedoch strikt abhängig von entsprechender Legitimierung, etwa durch Beschlüsse des UN-Sicherheitsrates.

Grundsätzlich schließen Zivilmächte jedenfalls die Einmischung in innere Belange anderer Staaten keinesfalls aus.

Um Zivilisierungsprozessen im Weltmaßstab zum Durchbruch zu verhelfen, müssen die Voraussetzungen geschaffen werden, damit Staaten auch auf eine zivilisierte Art und Weise miteinander umgehen können. Diese im OECD Bereich weitgehend existenten Rahmenbedingungen auch auf weniger stabile und prosperierende Regionen des Staatensystems auszudehnen, gehört zu den erklärten Zielen von Zivilmächten. Besonderer Bedeutung als Analysekategorie für zivilmachtorientiertes Handeln erlangt daher auch das Streben nach wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Ausgewogenheit von Entwicklungsprozessen im Weltmaßstab - ein Bündel von Zielen, das sich am besten mit dem Begriff der 'nachhaltigen Entwicklung' charakterisieren läßt.

5. Spezifische außenpolitische Handlungsmuster:

Zivilmächte zeichnen sich durch spezifische Vorstellungen darüber aus, wie Außenpolitik durchzuführen sei. Zentral hierfür ist die Prämisse, daß in allen wichtigen Politikbereichen und -fragen nationales Handeln im Alleingang kaum noch Chancen für eine erfolgreiche Realisierung nationaler Zielsetzungen birgt. Die Kunst der Außenpolitik besteht also aus dieser Perspektive darin, erwünschte Ergebnisse durch internationale Kooperation anzustreben. Kooperation kann jedoch nur dann chancenreich und effektiv organisiert sein, wenn sie formalisiert und durch partielle Selbstbindung der Beteiligten, also durch Übertragung von Souveränität, institutionalisiert wird. Dies gilt auch und gerade für den zentralen Bereich traditionell autonomer nationalstaatlicher Vorsorge, nämlich den Bereich der Sicherheitspolitik. Für Zivilmächte bedeutet dies konsequenterweise, partnerschaftliches bzw. kollektives Handeln zur Norm zu erheben. Umgekehrt verweigern Zivilmächte explizit unilaterales, autonomes Handeln. Sie zeigen eine ausgeprägte Neigung, politische Probleme durch Verhandlungen, Kompromisse, Vermittlung und Schlichtungsverfahren zu lösen und weisen damit eine spezifische außenpolitische Konfliktkultur auf. Gewaltanwendung wird grundsätzlich abgelehnt - es sei denn, in Zusammenhängen der individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung (jedoch auch hier nur unter bestimmten Auflagen) oder kollektiver und kollektiv legitimierter Zwangsmaßnahmen.

Zivilmächte benötigen Partner, die sie in ihren Bemühungen um eine Zivilisierung unterstützen. Die Grundlagen der Beziehungen von Zivilmächten zu ihren Kooperationspartnern enthalten nicht nur pragmatisch-materielle Interessen, sondern auch emotionale und normative Elemente.

Kooperationszusammenhänge und Institutionen stellen sich aus der Sicht von Zivilmächten als 'Wertegemeinschaften' dar; die Kooperationspartner haben Anspruch auf Solidarität.

Schließlich zeichnen sich Zivilmächte in ihrem außenpolitischen Stil durch die Bereitschaft aus, Verstöße gegen internationale Normen kollektiv zu sanktionieren und an derartigen Maßnahmen der Völkergemeinschaft mitzuwirken.

6. Außenpolitische Instrumente der Zivilmacht:

Zivilmächte stehen der Androhung und Anwendung von Gewalt grundsätzlich mit großer Skepsis gegenüber und betrachten Gewaltanwendung als in hohem Maße problematisch und konterproduktiv. Sie bevorzugen daher politische Instrumente (Verhandlungen im weitesten Sinne), Konditionalität und Sanktionen als positive bzw. negative Anreizsysteme. Individuelle bzw. kollektive Selbstverteidigung aber auch Maßnahmen der kollektiven Sicherheit gegen Rechtsbrecher, wie sie der UN-Sicherheitsrat beschließen kann, können jedoch als Legitimation für die Anwendung militärischer Gewalt dienen. Zivilmächte sind also mitnichten pazifistisch. Dabei liegt die Präferenz der Zivilmacht bei Maßnahmen der Staatengemeinschaft gegen Aggressoren, also bei Systemen kollektiver Sicherheit. Allerdings befürworten Zivilmächte angesichts der realen Probleme und Defizite derartiger Systeme als sicherheitspolitische Vorform Maßnahmen der kooperativen Sicherheit.

Insgesamt setzen Zivilmächte grundsätzlich auf arbeitsteilige Verfahrensweisen, also auf multilateral einsetzbare, möglicherweise sogar integrierte Instrumente, deren Einsatz durch kollektive Entscheidungen - möglichst einschließlich der Zustimmung der Betroffenen - legitimiert sein muß.

Gelingt es nun, wesentliche Elemente der hier vorgestellten Prinzipien in der deklaratorischen Außenpolitik eines staatlichen Akteurs nachzuweisen - zum Beispiel über die quantitative und qualitative Inhaltsanalyse eines repräsentativen Samples außenpolitisch bedeutender Reden und Dokumente - so kann davon ausgegangen werden, daß diese Prinzipien handlungsleitend auf die operative Außenpolitik für den Akteur wirken. Vom Idealtypus können Hypothesen und Verhaltenserwartungen für das konkrete außenpolitische Verhalten des Akteurs abgeleitet werden und empirisch an Fallbeispielen überprüft werden. Übereinstimmungen erklären sich dann als Kongruenz von Rollenkonzept und Rollenverhalten.

3. *Erklärungspotential des rollentheoretischen Zivilmacht-Ansatzes*

Die oben genannten Grundprinzipien außenpolitischer Orientierung im Rollenkonzept von Zivilmächten dienen als Richtschnur für Interessen und Ziele außenpolitischen Handelns und als Begrenzung für Optionen und Strategien der Zivilmacht. Insgesamt umfaßt das Rollenkonzept einer Zivilmacht ein komplexes Rollenbündel aus verschiedenen Situationsrollen, die zur Anwendung kommen, um die internationale Politik gemäß den eigenen Grundsätzen zu gestalten.

Weltpolitik unterscheidet sich unserer Auffassung nach qualitativ nicht grundsätzlich von Innenpolitik: Das wichtigste Unterscheidungskriterium, das souveräne nationalstaatliche Gewaltmonopol, ist keineswegs selbstverständlich, sondern grundsätzlich ebenso eine ständige Herausforderung für die politische Gestaltung wie die Befriedung der internationalen Beziehungen. Und umgekehrt ist nicht zu sehen, warum die zwischenstaatlichen Beziehungen grundsätzlich nicht durch vergleichbare Prozesse der Einhegung von Gewalt zivilisiert werden könnten, wie dies für den funktionierenden modernen Nationalstaat gilt. Das Spektrum des beobachtbaren staatlichen Verhaltens in der internationalen Politik ist damit weitaus größer, als dies klassische, systemorientierte Theorien widerspiegeln.

Das rollentheoretische Zivilmacht-Konzept kann einen Teil des Handelns, das sich nach realistischen Annahmen nicht erwarten läßt, damit erklären, daß Zivilmächte versuchen, mit ihren Handlungen dem eigenen Rollenkonzept zu entsprechen und somit eine in sich schlüssige Außenpolitik anstreben. Dazu stimmen Zivilmächte ihre Interessen- und Zieldefinition auf das eigene Normen- und Wertesystem ab. Kompatibilität versuchen die Akteure auch herbeizuführen, indem sie außenpolitische Strategien und Instrumente anwenden, die den Zielvorgaben einer Zivilisierung der internationalen Beziehungen dienlich sind. Gelingt es also, das außenpolitische Rollenkonzept eines staatlichen Akteurs als Zivilmacht zu identifizieren, so können damit sowohl deklaratorische Interessen und Ziele als auch empirisch beobachtbare Strategien und Instrumente plausibel erklärt werden.

Unserer Auffassung nach ist die Idee vom Handelsstaat (Rosecrance 1986) als Analyseinstrument nicht dem Konzept der Zivilmacht (Maull 1990, 1991, 1992, 1993) gleichzusetzen. 'Zivilmacht' impliziert mehr als die Summe aus 'Staatsräson' und 'Handelsstaat'. Deren Maximen von der individuellen Strategie zur Durchsetzung eigener Interessen in einem

anarchischen Staatensystem bzw. die Präferenz für (eigene!) Wohlfahrt gegenüber klassischen machtpolitischen Zielen basieren auf rein utilitaristischen Grundannahmen, wobei das Handelsstaatskonzept in stärkerem Maße das Phänomen der Adaption beinhaltet. Der Handelsstaat erfüllt aber nicht unsere Vorstellungen hinsichtlich eines umfassend durchdachten Rollenkonzeptes. Er ist vielmehr nur ein Teilaspekt eines umfassenden Rollenkonzepts, denn er klammert Handlungsvorgaben in bedeutenden Politikfeldern, beispielsweise dem der Sicherheit, aus. Auch der Idee von kollektiven Lernprozessen, die zur norm- und wertorientierten Außenpolitik des Zivilmachtkonzepts führen, wird er nicht gerecht. Der Handelsstaat verfügt über eine im Sinne Meineckes utilitaristische Staatsräson, das Rollenkonzept der Zivilmacht beinhaltet dagegen ein komplexes Gefüge aus Normen und Werten und darauf hin abgestimmte außenpolitische Strategien und Instrumente für alle Politikbereiche.

3.1. Beispiele für das Erklärungspotential rollentheoretischer Ansätze

Rollentheoretische Ansätze bieten sich als Analysemethode insbesondere dort an, wo unterschiedliche Akteursstrategien in einem Politikfeld bei vergleichbaren internationalen Rahmenbedingungen zu erklären sind. Warum z.B. verfolgen Staaten wie die Bundesrepublik, Japan und die USA unterschiedliche ordnungspolitische Vorstellungen und wie werden diese Vorstellungen in der praktischen Politik operationalisiert? Warum wenden die Akteure so unterschiedliche Lösungsstrategien in sicherheits-, handels- oder ordnungspolitischen Konflikten an?

Alle Staaten streben nach Nuklearwaffen?

Weder die Bundesrepublik noch Japan streben nach Atomwaffen. Die Abstinenz im Bereich der Abc-Waffen ist für beide Regionalmächte auffällig. Was im Rahmen des Ost-West-Konfliktes im Falle Deutschlands noch mit beschränkten Souveränitätsrechten der beiden deutschen Staaten hätte erklärt werden können, wirft mit der Wiedererlangung der vollen Souveränität Deutschlands unter (neo)realistischer Perspektive die Frage auf, warum die Bundesrepublik nicht ebenso wie Großbritannien und Frankreich zum Kreis der Atommächte gehören will³⁸. Niemand könnte ein souveränes Deutschland ernstlich daran hindern. Ein fehlendes Bedrohungsszenario kann als Erklärung nicht dienen, betrachtet man die

geostrategische Position der Bundesrepublik am Schnittpunkt westeuropäischer Stabilität mit den sicherheitspolitischen Unwägbarkeiten seiner östlichen Nachbarn. Neorealisten haben ein deutsches Streben nach atomarer Bewaffnung als Folge veränderter systemischer Rahmenbedingungen explizit vorausgesagt (Mearsheimer 1990, Layne 1993) bzw. gehen generell davon aus, daß: „countries want to have nuclear weapons“ (Waltz 1995: 5). Die Rollentheorie kann systematisch nachweisen und erklären, warum die Bundesrepublik nicht nach Atomwaffen strebt, auch wenn strategische Überlegungen aus realistischer Perspektive durchaus dafür sprächen. Über die Erstellung eines außenpolitischen Rollenkonzeptes wird für die Bundesrepublik deutlich, daß man sich in der außenpolitischen Rhetorik, wie sie von repräsentativen Entscheidungsträgern plausibel deklariert wird, von einem solchen Streben aufgrund normativer Überlegungen deutlich distanziert. Eine nationale Verfügungsgewalt über Atomwaffen bedeute ein nach deutschem Rollenverständnis inakzeptables Mittel der eigenen Außen- und Sicherheitspolitik. Dies gilt insbesondere nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes und der damit verbundenen bundesdeutschen Unterstützung bei der Schaffung kooperativer Sicherheitsstrukturen für Gesamteuropa. Über die empirische Untersuchung konkreten Rollenverhaltens läßt sich dann zeigen, daß sich die Bundesrepublik auch vertraglich zu einer Politik des Verzichts verpflichtet hat³⁹. Ganz im Sinne des bundesdeutschen sicherheitspolitischen Rollenverständnisses liegt dagegen eine Militärstrategie, die konsequent auf Einbindung in multilaterale Strukturen ausgerichtet ist. Beide Phänomene können hier also erklärt werden als Kongruenz von Rollendefinition und Rollenverhalten des Akteurs.

Partnerrolle der Bundesrepublik

Betrachtet man z.B. die mit dem Konzept 'Partnership in Leadership'⁴⁰ von den USA an die Bundesrepublik gestellten Erwartungen hinsichtlich einer aktiveren Beteiligung der Deutschen beim internationalen Krisenmanagement unter der hier vorgestellten analytischen Perspektive, so kann die Rollentheorie plausible Erklärungen liefern. Die von einigen Verbündeten erwartete Beteiligung deutscher Streitkräfte an der multinationalen Koalition gegen den Irak

³⁸ Neo-Institutionalisten mögen diese Abstinenz mit dem bestehenden Nichtverbreitungsregime zu erklären versuchen. Die immer deutlicher sichtbar werdenden Defizite dieses Regimes in Bezug auf Fragen militärischer und ziviler Proliferation bieten jedoch ein stichhaltiges Gegenargument.

³⁹ So im Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland mit vereinbarter Protokollnotiz (2+4 Vertrag), abgedruckt in: Bulletin vom 14.9.1990, Nr. 109, 1153-1156. Darin bekräftigt die Bundesrepublik „ihren Verzicht auf Herstellung und Besitz von und auf Verfügungsgewalt über atomare, biologische und chemische Waffen“.

⁴⁰ So das Angebot Präsident George Bushs in seiner Mainzer Rede vom 31. Mai 1989, abgedruckt in: Europa-Archiv, Folge 44/1989, D356-361.

in der Golfkrise sah die Bundesrepublik (damals) als einen mit ihrem außenpolitischen Selbstverständnis unvereinbaren Schritt für die eigene Außenpolitik. Die nach anfänglichem Zögern hohen finanziellen und logistischen Beitragsleistungen der Bundesrepublik für die internationale Koalition sind einerseits das Resultat amerikanischen Rollendrucks auf die Bundesregierung, die andererseits ihrem Rollenideal, ein solidarischer und verlässlicher Partner zu sein, entsprechen wollte. Dieser Rollenkonflikt (Partnerrolle vs. inakzeptable Erwartungen) wurde durch allmählichen Rollenwandel beantwortet: Verstärkte Bemühungen Bonns zur Schaffung eigener Krisenreaktionsfähigkeit im Anschluß an die Golfkrise (i.e. Verfassungsdiskussion über Bundeswehreinsätze im Rahmen von UN-Friedensmissionen, Transformation der Bundeswehr, Förderung eines öffentlichen Bewußtseins globaler Mitverantwortung) können rollentheoretisch erklärt werden als Anpassung auf den Rollendruck durch externe Rollenerwartungen und einem Wandel im eigenen Rollenverständnis⁴¹.

Hier wird auch der dynamische Charakter staatlicher Rollenkonzepte sichtbar. Dabei unterlag das neu geschaffene Instrumentarium einer Beteiligung der Bundeswehr an kooperativer multinationaler Krisenbewältigung im Rahmen von UN, NATO oder WEU strengen Auflagen hinsichtlich ihrer Legitimation und der Forderung nach kollektiver Ausführung, wie wir sie von Zivilmächten idealtypisch erwarten würden. Im sicherheitspolitischen Konzept der Bundesregierung gilt für Krisenprävention und Konfliktlösung: „Militärische Zwangsmaßnahmen sind stets nur das äußerste Mittel. Sie kommen nur in Frage, wenn es für die Lösung des Konfliktes klare Mandate des VN-Sicherheitsrates...gibt“ (Weißbuch 1994: 68). Für Bundeswehreinsätze, speziell in einem solchen Rahmen, wird gefordert, „daß jeder konkrete Einsatz darauf zu prüfen sein wird, ob ein politisches Konzept zur Lösung des Konfliktes vorhanden ist und ob der Einsatz militärischer Mittel geeignet ist, zur Konfliktbewältigung beizutragen. Es wird auch in jedem Einzelfall zu prüfen sein, ob die Möglichkeiten zur friedlichen Konfliktlösung ausgeschöpft sind...Es gilt letztlich immer, daß Deutschland nie allein, sondern nur mit Verbündeten und Partnern handeln wird“ (Weißbuch 1994: 45). Die von der Bundesregierung aufgrund externer Rollenerwartungen, aber auch aufgrund interner Lernprozesse entwickelten Instrumente stehen also in Einklang mit dem außenpolitischen Rollenkonzept der Bundesrepublik.

⁴¹ Vgl. dazu die Ergebnisse der Fallstudienauswertung „Die deutsch-amerikanischen Beziehungen in der Golfkrise 1990/91 im Rahmen des DFG-Projekts „Zivilmächte“.

Die spezifischen Antworten der Bundesrepublik auf die Erwartungen hinsichtlich einer stärkeren deutschen Rolle, also die konkreten Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes und des Bundestages wie auch die Maßnahmen der Bundesregierung in den oben erwähnten Situationen, weisen unseren Annahmen zufolge Spezifika im Sinne des Zivilmacht-Rollenkonzepts auf. Die besonderen Merkmale außenpolitischen Verhaltens in den konkreten Zusammenhängen können erklärt werden als das deutsche Bemühen, den Vorgaben des eigenen Rollenkonzepts als Zivilmacht zu entsprechen und nicht auf die Instrumente klassischer Großmächte zurückzugreifen, um außenpolitische Ziele zu erreichen.

Unsere zentrale Arbeitshypothese lautet demnach: Die Bundesrepublik hat auf die externe Forderung nach Wandel ihrer Außenpolitik bislang im allgemeinen als Zivilmacht reagiert. Dies bedeutet, daß hier aus der Fülle der grundsätzlich verfügbaren Handlungsoptionen bestimmte in sich konsistente außenpolitische Verhaltensmuster und -weisen feststellbar sind, die sich mit den theoretischen Perspektiven klassischer Prägung gar nicht oder nicht überzeugend erklären lassen.

Die Bundesrepublik strebt generell nach Kooperation und partnerschaftlicher Führung

Nicht alle außenpolitischen Charakteristika sind als Anpassung auf externe Rollenerwartungen zu verstehen. Der außenpolitische Kurs der Bundesrepublik wird in hohem Maße durch ein spezifisches Selbstverständnis geprägt, sich auf eine bestimmte Art und Weise im Rahmen der internationalen Beziehungen zu verhalten. Das geradezu reflexartige deutsche Insistieren auf Einbindung in institutionalisierte Formen internationaler Kooperation entspricht dem zivilmacht-orientierten Ideal des 'Supranationalisten', der zu partiellem Souveränitätstransfer bereit ist, eher, als den an staatlichem Autonomiestreben orientierten Überlegungen des Neo-Realismus⁴² oder den utilitaristischen Prämissen des Neo-Institutionalismus. Die Bundesrepublik strebt als regionale Großmacht nach Einbindung und bevorzugt kooperative Zusammenarbeit offenbar auch dann, wenn Kooperation mit hohen Kosten verbunden ist oder die Gewinn- bzw. Kostenverteilung der Kooperation sie selbst benachteiligt.

- So begrüßt die Bundesrepublik beispielsweise die europäische Währungsunion grundsätzlich und gewährt ihr nachhaltige Unterstützung. Über die Bereitschaft, die potentiell zweifellos möglichen Risiken für die Stabilität der 'eigenen' Währung zu tragen, erfordert diese Kooperationsbeziehung auch ein hohes Maß an Souveränitätstransfer für das

Leitwährungsland. Joseph Grieco gelang es in seiner Studie zur europäischen Währungskooperation unter (neo)realistischer Perspektive nicht, die Bereitschaft der Bundesrepublik zu dieser für sie weitreichenden und ihren Einfluß beschränkenden Einbindung zu erklären (Grieco 1992: 40). Diese Bereitschaft kann die Rollentheorie mit der Maxime im außenpolitischen Rollenkonzept der Bundesregierung erklären, wonach die europäische Integration voranzutreiben ist, auch wenn dadurch für die Bundesrepublik substantielle Kooperationskosten entstehen.

- Das Konzept zur deutschen Einheit war von der Bundesregierung, zusammen mit den Partnern des 2+4 Prozesses, ganz bewußt darauf angelegt, die wiedererlangte Souveränität weitgehend durch erneute und unmittelbare Selbstbindung in supranationaler Kooperation aufgehen zu lassen⁴³. Dieser Kurs entsprach voll und ganz den Handlungsmaximen der traditionell deklarierten Rolle des 'Supranationalisten' und den integrationspolitischen Bemühungen der Bundesregierung.

- Auch genauere Analysen etwa des konkreten Falls der deutschen Jugoslawienpolitik, speziell der Anerkennungspolitik gegenüber den jugoslawischen Teilrepubliken Slowenien und Kroatien im Dezember 1991, bestätigen diese Einschätzung: Daß die Bundesrepublik eine unilaterale Anerkennung von vornherein ausschloß und statt dessen alle Mittel zur Erreichung eines Konsenses im Rahmen der EG einsetzte⁴⁴, spricht für die grundsätzliche Ausrichtung bundesrepublikanischer Außenpolitik an den Idealen 'kollektiver Akteur', 'partnerschaftlichem Handeln' und der 'Absage an jegliche nationalen Alleingänge' (Mauß 1995a).

- Deutschland strebte ursprünglich eine ständige Vertretung im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen nur als gemeinsamen Sitz der Europäischen Union an, obwohl ein deutscher Sitz durch die Unterstützung wichtiger Partner, vor allem der USA, möglich erschien. Daß sich die deutsche Position gewandelt hat, und die Bundesrepublik heute einen eigenen Sitz im Sicherheitsrat befürwortet, hängt nicht unwesentlich mit britischen und französischen Einwänden gegen eine gemeinsame europäische Vertretung zusammen.

3.2. Zusammenfassung und Fazit

⁴² Vgl. dazu Grieco (1993: 315).

⁴³ Vgl. dazu Hellmann (1994: 3-7, 11-32) der zahlreiche weitere Beispiele für das mit neo-realistischen Ansätzen nicht zu erklärende grundsätzliche Streben des wiedervereinigten Deutschlands nach Kooperation und Integration anführt (z.B. Rüstungsbeschränkung und Obergrenze der Bundeswehr, Einbindung bundesdeutscher Militärpotentiale in NATO und europäische Strukturen, Euro-Corps, deutsch-französische Partnerschaft, deutsch-amerikanische Beziehungen, deutsch-polnische Beziehungen).

⁴⁴ Dies zugegebenermaßen aus Sicht der Verbündeten auf kritisierbare Art und Weise!

Die Rollentheorie und das Konzept der Zivilmacht vermögen diese Verhaltensmuster zu erklären. Im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung über das Zustandekommen und die Aufrechterhaltung institutionalisierter Kooperation unter den formalen Bedingungen internationaler Anarchie⁴⁵ kann mit dem rollentheoretischen Zivilmacht-Ansatz das Phänomen 'Kooperation' über reine Nutzenkalküle der Akteure hinaus mit den Variablen 'Werte, Ziele, Prinzipien und Ideale' erklärt werden. Die Rollentheorie ergänzt somit die Erklärungskategorien des Neo-Realismus ('Macht', 'Sicherheit') und des Neo-Institutionalismus ('Wohlfahrt', 'Nutzen') um die Analysevariablen 'Normen', 'Werte' und 'Moral'. Sie vermag zugleich alternative Erklärungen dafür anzubieten, warum bestimmte Staaten in besonderem Maße bereit sind, Kooperation zu initiieren und zu stabilisieren. Allgemeiner gesprochen, kann die Analyse von nationalen Rollenkonzepten (wie übrigens grundsätzlich auch die Analyse von Rollenkonzepten nichtstaatlicher Akteure) qualitative Unterschiede im Verhalten der Akteure in vergleichbaren Zusammenhängen und alternative Problemlösungen erklären. Die aufgeworfene Frage, warum sich Staaten für bzw. gegen bestimmte außenpolitische Strategien entscheiden (Hellmann 1994: 36f), erhält durch die Verwendung außenpolitischer Rollenkonzepte neue Antworten. Speziell lassen sich bestimmte Besonderheiten in der Außenpolitik der Bundesrepublik und Japans, so unsere Auffassung, plausibel mit Hilfe des idealtypischen Rollenkonzepts "Zivilmacht" analysieren und erklären.

Wir sehen in Rollenkonzepten das Ergebnis historischer Lern- und Adaptionprozesse. Diese „Einsicht“ vermittelnden Prozesse führen zur Annahme eines bestimmten Rollenkonzepts unter anderen, prinzipiell denkbaren Alternativen. Deutschland setzt auch deshalb auf Kooperation, Einbindung und eine spezifische Wertorientierung, weil es in der Nachkriegszeit außenpolitische Handlungsfreiheit nur als Folge eben jener außenpolitischen Orientierung erlebt hat und praktizieren konnte. Kollektives Handeln und institutionelle Kooperation, fairer Interessenausgleich und friedliche Konfliktlösungsstrategien sind aber nach wie vor die Voraussetzungen für außenpolitische Manövrierfähigkeit einer Regionalmacht, die auf Partner angewiesen ist. Insofern gibt es unserer Auffassung nach keine glaubwürdige Alternative zum jetzigen Rollenkonzept der Bundesrepublik.

⁴⁵ Vgl. Oye (1986).

Die Analyse nationaler Rollenkonzepte liefert darüber hinaus auch Möglichkeiten der Verknüpfung mit sub-nationalen und systemischen Prozessen. Denn diese Konzepte reflektieren einerseits spezifische gesellschaftliche Gegebenheiten und Erfahrungen und müssen sich aus den Gesellschaften heraus legitimieren; zum anderen beinhalten Rollenkonzepte auch Elemente der Rollenerwartungen anderer und der systemischen Rahmenbedingungen für rollenkonformes bzw. rolleninkongruentes Verhalten. Drittens schließlich ermöglicht dieses Konzept auch Bewertungen außenpolitischen Verhaltens aus zwei Blickwinkeln: Zum einen läßt sich fragen nach der Kongruenz von Rollenkonzept und Rollenverhalten, zum anderen grundsätzlich auch nach der Angemessenheit und Vereinbarkeit von Rollenkonzepten mit den Realitäten, aber auch mit einer zukunftsfähigen Ordnung der internationalen Beziehungen. Hier ergeben sich Verknüpfungsmöglichkeiten mit systemischen Theorieüberlegungen wie etwa: Welche außenpolitischen Rollenkonzepte entsprechen neo-realistischen Modellen der internationalen Beziehungen, welche den neo-institutionalistischen?

Literatur

- Brown, Chris* 1995: International Theory and International Society. The Viability of the Middle Way, in: *Review of International Studies* 21:2, 183-196.
- Bull, Hedley* 1987: Die Anarchische Gesellschaft, in: Kaiser, Karl, Schwarz, Hans-Peter (Hrsg.), *Weltpolitik. Strukturen-Akteure-Perspektiven*, Bonn, 31-49.
- Bull, Hedley/Adam Watson* (Hrsg.) 1989: *The Expansion of International Society*, Oxford.
- Buzan, Barry* 1993: From International System to International Society. Structural Realism and Regime Theory Meet the English School, in: *International Organization* 47:3, 327-352.
- Cox, Robert W./Harold K. Jacobson* 1974: *The Anatomy of Influence*, London.
- Czada, Roland* 1993: Institutions, Actors and Political Rationality, in: *Keman* 1993, 101-119.
- Czempiel, Ernst-Otto* 1991: *Weltpolitik im Umbruch. Das internationale System nach dem Ende des Ost-West-Konflikts*, München.
- Czempiel, Ernst-Otto* 1994: Gewalt in der Gesellschaftswelt. Die Rolle des Militärischen in der Außenpolitik des neuen Deutschland in: *Blätter für Deutsche und Internationale Politik*, 39:1, 36-43.
- East, Maurice A./Salomone, Stephen A./Herrmann, Charles F.* (eds.) 1978: *Why Nations Act. Theoretical Perspectives for Comparative Foreign Policy Studies*, Beverly Hills.
- Elias, Norbert* 1976: *Über den Prozeß der Zivilisation*, Bd.2, Frankfurt.
- Elster, Jon* 1989: *The Cement of Society: A Study of Social Order*, Cambridge.
- Gaupp, Peter* 1983: *Staaten als Rollenträger. Die Rollentheorie als Analyse-Instrument von Außenpolitik und internationalen Beziehungen*, Liebfeld/Bern (= *Zürcher Beiträge zur Politischen Wissenschaft*, Bd. 6).
- Goldstein, Judith/ Robert O. Keohane* (Hrsg.) 1993: *Ideas and Foreign Policy. Beliefs, Institutions and Political Change*. Ithaca.
- Grieco, Joseph* 1992: *State Interests and International Rule Trajectories: The Politics of European Economic and Monetary Union*. Papers in International Political Economy, Working Paper No. 170, Duke University.
- Grieco, Joseph* 1993: Understanding the Problem of International Cooperation: The Limits of Neoliberal Institutionalism and the Future of Realist Theory, in: David Baldwin (Hrsg.), *Neorealism and Neoliberalism: The Contemporary Debate*, New York, 301-338.
- Haas, Ernst B.* 1991: *When Knowledge is Power: Three Models of Change in International Organizations*, Berkeley, Cal.
- Hellmann, Gunther* 1994: "Einbindungspolitik". German Foreign Policy and the Art of Declaring "Total Peace", Paper Presented at the XVth IPSA World Congress, Aug.20-25, 1994, Berlin.
- Hermann, Margaret G.* 1987a: Foreign Policy Role Orientations and the Quality of Foreign Policy Decisions, in: Walker 1987a, 123-140.
- Hermann, Margaret G.* 1987b: Assessing the Foreign Policy Role Orientations of Subsharan African Leaders, in: Walker 1987a, 161-198.
- Holsti, Kalevi J.* 1970: National Role Conceptions in the Study of Foreign Policy, in: *International Studies Quarterly* 14(1970), 233-309.
- Holsti, Kalevi J.* 1967: *International Politics: A Framework for Analysis*, Englewood Cliffs.
- Jachtenfuchs, Markus* 1995: Ideen und internationale Beziehungen, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 2:2, 417-442.
- Jönsson, Christer* 1984: *Superpower*, London.
- Jönsson, Christer/Ulf Westerlund* 1982: Role Theory in Foreign Policy Analysis, in: Jönsson, Christer, *Cognitive Dynamics and International Politics*, London, 122-157.
- Katzenstein, Peter* 1996 (i.V.): *The Culture of National Security. Norms and Identity in International Politics*, New York.
- Keman, Hans* (ed.) 1993: *Comparative Politics. New Directions in Theory and Method*, Amsterdam.
- Klotz, Audie* 1995: Norms Reconstituting Interests: Global Racial Equality and U.S. Sanctions Against South Africa, in: *International Organization* 49:3 (Summer), 451-478.

- Kratochwil, Friedrich* 1993: Constitutional Thought versus Value-Based Thought in World Order Studies, in: Falk, Richard A. et al. (eds.): The Constitutional Foundations of World Peace, New York, 211-225.
- Layne, Christopher* 1993: The Unipolar Illusion. Why New Great Powers Will Rise, in: International Security 16 (Spring), 5-51.
- Link, Werner* 1987: Die außenpolitische Staatsräson der Bundesrepublik Deutschland, in: Funke/Jakobson/Knütter/Schwarz (Hrsg.): Demokratie und Diktatur, Bonn, 400-416.
- Luard, Evan* 1992: Basis Texts in International Relations: The Evolution of Ideas About International Society, New York.
- Lumsdaine, David Halloran* 1993: Moral Visions in International Politics. The Foreign Aid Regime, 1949-1989, Princeton.
- Maull, Hanns W.* 1990: Germany and Japan: The New Civilian Powers, in: Foreign Affairs 69:5, 91-106.
- Maull, Hanns W.* 1991: Zivilmacht: Die Konzeption und ihre sicherheitspolitische Relevanz, in: Stiftung Wissenschaft und Politik (Hrsg.): Stabilität, Gleichgewicht und die Sicherheitsinteressen des Vereinigten Deutschland. Analysen und Interpretationen. (=SWP-S 373), 157-174.
- Maull, Hanns W.* 1992: Zivilmacht: Die Konzeption und ihre sicherheitspolitische Relevanz, in: Heydrich, W. et al. (Hrsg.): Sicherheitspolitik Deutschlands: Neue Konstellationen, Risiken, Instrumente, Baden-Baden, 771-786.
- Maull, Hanns W.* 1993: Civilian Power: The Concept and Its Relevance for Security Issues, in: Babic, Lidija/Bo Hultdt (eds.): Mapping the Unknown, Towards a New World Order, Stockholm, 115-131. (= The Yearbook of the Swedish Institute of International Affairs 1992-93).
- Maull, Hanns W.* 1995a, Germany in the Yugoslavia Crisis: From Assertiveness to Impotence, in: Survival 37:4, 99-130.
- Maull, Hanns W.* 1995b: Welche Akteure beeinflussen die Weltpolitik?, in: Kaiser, Karl/Schwarz, Hans-Peter (Hrsg.): Die neue Weltpolitik, Bundeszentrale für Politische Bildung, Bonn, 301-336.
- Mearsheimer, John J.* 1990: Back to the Future. Instability in Europe After the Cold War, in: International Security 15 (Summer): 5-56.
- Meinecke, Friedrich* 1963: Das Wesen der Staatsräson, in: Hofer, Walther (Hrsg.): Die Idee der Staatsräson in der neueren Geschichte, München, 1-26.
- Meyers, Reinhard* 1991: Grundbegriffe, Strukturen und theoretische Perspektiven der Internationalen Beziehungen, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Grundwissen Politik, Bonn, 220-316.
- Mutz, Reinhard* 1995: Zum Verhältnis von Normen und Interessen in der deutschen Außenpolitik, Konferenzpapier, Internationale Konferenz des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Hamburg und der Universität Groningen, als Manuskript gedruckt, Groningen.
- Müller, Harald* 1994: Internationale Beziehungen als kommunikatives Handeln. Zur Kritik utilitaristischer Handlungstheorien, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 1:1, 15-44.
- Oye, Kenneth A* (Hrsg.) 1986: Cooperation under Anarchy, Princeton.
- Peuckert, Rüdiger* 1992: "Rolle, soziale", in: Schäfers, Bernhard (Hrsg.): Grundbegriffe der Soziologie, 3. Aufl., Opladen.
- Pye, Lucian* 1968: Political Culture, in: International Encyclopedia of the Social Sciences, Vol. 12, New York, 218.
- Risse-Kappen, Thomas* 1995: Reden ist nicht billig. Zur Debatte um Kommunikation und Rationalität, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 2:1, 171-185.
- Rittberger, Volker* 1993: Regimes in International Relations, Oxford.
- Rosecrance, Richard* 1986: The Rise of the Trading State. Commerce and Conquest in the Modern World, New York.
- Rosenau, James N.* 1987a: Roles and Role Scenarios in Foreign Policy, in: Walker 1987a, 44-65.
- Rosenau, James N.* 1987b: Toward Single-Country Theories of Foreign Policy: The Case of the USSR, in: Hermann, Charles F./ Charles W. Kegley/James N. Rosenau (Hrsg.): New Directions in the Study of Foreign Policy, Boston, 53-74.

- Sampson, Martin W. III/ Stephen G. Walker* 1987: Cultural Norms and National Roles: A Comparison of Japan and France, in: Walker 1987a, 105-122.
- Schaber, Thomas/Ulbert, Cornelia* 1994: Reflexivität in den Internationalen Beziehungen. Literaturbericht zum Beitrag kognitiver, reflexiver und interpretativer Ansätze zur dritten Theoriedebatte, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 1:1,139-169.
- Senghaas, Dieter* 1988: Friedensforschung und der Prozeß der Zivilisation, in: Moltmann, B. (Hrsg.): Perspektiven der Friedensforschung, Baden-Baden, 167-174.
- Senghaas, Dieter* 1994: Wohin driftet die Welt?, Frankfurt.
- Shambaugh, David* 1994: Growing Strong: China's Challenge to Asian Security, in: Survival, 36:2, 43-59.
- Singer, Eric G./Valerie M. Hudson* 1987: Role Sets and African Foreign Policy Behavior. Testing an External Predisposition Model, in: Walker 1987a, 199-218.
- Sprout, Harold/Margaret Sprout* 1969: Environmental Factors in the Study of International Politics, in: Rosenau, James N. (Hrsg.): International Politics and Foreign Policy, New York, 41-56.
- Uvin, Peter* 1992: Regime, Surplus and Self-Interest: The Interantional Politics of Food Aid, in: International Studies Quarterly, 36, 293-312.
- Walker, Stephen G.* 1979: National Role Conceptions and Systemic Outcomes, in: Falkowski, Lawrence S. (Hrsg.): Psychological Models in International Politics, Boulder, 169-210.
- Walker, Stephen G.* (Hrsg.) 1987a: Role Theory and Foreign Policy Analysis, Durham.
- Walker, Stephen G.* 1987b: Role Theory and the Origins of Foreign Policy, in: Hermann, Charles F./ Charles W. Kegley/James N. Rosenau (Hrsg.): New Directions in the Study of Foreign Policy, Boston, 269-284.
- Walker, Stephen G./Sheldon Simon* 1987: Role Sets and Foreign Policy Analysis in Southeast Asia, in: Walker 1987a, 141-159.
- Waltz, Kenneth* 1995: Peace, Stability and Nuclear Weapons, Institute on Global Conflict and Cooperation, Policy Paper # 15, University of California, Berkeley.
- Weber, Max* 1947: The Theory of Social and Economic Organization, New York.
- Weißbuch* 1994: Weißbuch zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Lage und Zukunft der Bundeswehr, Bundesministerium der Verteidigung (Hrsg.), Bonn.
- Wendt, Alexander E.* 1987: The Agent-Structure Problem in International Relations Theory, in: International Organization 41, 335-370.
- Wish, Naomi B.* 1980: Foreign Policy Makers and Their National Role Conceptions, in: International Studies Quarterly, 24:4, 532-554.
- Wish, Naomi B.* 1987: National Attributes as Sources of National Role Conceptions: A Capability-Motivation Model, in: Walker 1987a, 94-108.
- Zielinski, Michael* 1990: Die neutralen und blockfreien Staaten und ihre Rolle im KSZE-Prozeß, Baden-Baden.